

Haben Sie auch genug von der masslosen Einwanderung und Übervölkerung?

Ja? – Dann müssen Sie jetzt mit uns an die Arbeit gehen! Wir sammeln ab Ende Juli Unterschriften für unsere Eidgenössische Volksinitiative «Für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung».

Die Bundesverfassung, vom 18. April 1999 wird wie folgt geändert: **Art. 73 a (neu) Stabilisierung der Gesamtbevölkerung**

1. Der Bund trifft Massnahmen gegen die Übervölkerung der Schweiz.
2. Er sorgt dafür, dass die Zuwanderung die Abwanderung nicht übersteigt. Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer sind von dieser Beschränkung ausgenommen.

POSTCODE

AZB 3806 Bönigen

Ja, ich habe die Nase voll von behördlichen Lügen zur Einwanderung und der Personenfreizügigkeit und bestelle mit dem Talon auf der letzten Seite Unterschriftenbogen! Los geht's!



50 Jahre NA und SD

Wir feiern am **1. August ab 10 Uhr** im Fischerei-Park, Gouchertweg 1, 3252 Worben/BE – Details Seite 8 der Zeitung. Wir freuen uns auf Sie! *SD Bern und SD-Parteileitung*



Inhalt

- 2 Übervölkerung schadet uns allen!
- 3 Überholter Gegensatz rechts/links!
- 5 Unsere Partei ist 50 Jahre jung! – Teil 6
- 8 Jubiläumsfeier 50 Jahre NA/SD, 1.-August-Feier
- 9 Aus den Kantonen
- 14 Leserbriefe

Übervölkerung schadet uns allen!



Christoph Spiess,
Gemeinderat,
2. Zentral-
vizepräsident,
Zürich

Seit 1950 ist die Bevölkerung der Schweiz von 4,5 auf fast 8 Millionen Menschen gewachsen. Um alle unterzubringen, muss pro Tag die Fläche von 15 Fussballplätzen zubetoniert werden. Wer das kritisiert, wird von der herrschenden «Elite» und den von ihr kontrollierten Medien sofort als «fremdenfeindlich» abgestempelt. Dabei liegt das Problem insoweit gar nicht in der Nationalität der Menschen, sondern in ihrer viel zu grossen Zahl in einem begrenzten Lebensraum, der nicht mitwachsen kann. Unsere Äcker und Wiesen reichen schon längst nicht mehr, um die hiesige Bevölkerung zu ernähren. Und dies trotz enormer Importen von Dünger und Futtermitteln, die in nicht allzu ferner Zukunft wegen weltweiter Knappheit an Rohstoffen, Lebensmitteln und Energie ausfallen werden.

Übervölkerung schmälert unsere Lebensqualität

Überall Baugespanne auf den Wie-

sen, Baustellen, Lärm – und trotzdem immer mehr Stau auf den Strassen, Gedränge in Tram und Bus, Menschengewühl beim Einkaufen, immer teurere Wohnungen... Der psychische Dauerstress wächst. Die Menschen versuchen, ins Grüne auszuweichen, doch auch die Erholungsgebiete sind immer öfter überfüllt. Das ist Übervölkerung! In der Schweiz kommt sie nicht von zu hohen Geburtenzahlen, sondern fast nur von der Einwanderung. Darum gibt es bei uns auch

nur ein wirksames Gegenmittel

nämlich die Zuwanderung aus dem Ausland gemäss der neuen Initiative der Schweizer Demokraten so zu begrenzen, dass sie auf längere Sicht die Abwanderung nicht übersteigt. Mit der EU-Personenfreizügigkeit haben wir leider jede Möglichkeit dazu aus der Hand gegeben. Seither hat sich das Bevölkerungswachstum noch wesentlich beschleunigt. Jedes Jahr kommen mindestens 70 000 Menschen hinzu, soviel wie die Bevölkerung von Luzern oder St. Gallen! Damit das aufhört, braucht es dringend die

Kündigung der EU-Personenfreizügigkeit

Politiker und Manager schreien deswegen Zetermordio und pro-



phezeien uns den nationalen Untergang. Nichts dergleichen wird eintreffen. Wir haben unseren heutigen Wohlstand dem Fleiss vorangegangener Generationen und der guten Qualität unserer Produkte zu verdanken, nicht Verträgen mit der EU. Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit geht es den Schweizer Arbeitnehmern keineswegs besser. Die Reallöhne sind im Gegenteil manchenorts sogar gesunken.

Die Arbeit zu den Menschen bringen!

Was nützt es, hierzulande Arbeitsplätze zu schaffen, die nur mit Neuzuwanderern überhaupt besetzt werden können? Bei einem Wirtschaftswachstum, das bloss auf mehr Bevölkerung beruht,

wird zwar der Kuchen grösser, aber es müssen auch mehr Menschen davon leben. Warum schafft man die Arbeitsplätze nicht dort, wo die Menschen sind, statt diese in die überbevölkerte Schweiz zu holen?

Nichts kann ewig wachsen...

Hochstudierte Ökonomen behaupten, weniger als zwei Prozent «Wirtschaftswachstum» bedeuteten eine Krise. Die Wirtschaft müsste also am Ende dieses Jahrhunderts sechsmal und hundert Jahre später 43 mal so gross sein wie heute. Eine solche Politik und ein solches Wirtschaftssystem führen sehr rasch zum totalen Umweltkollaps.

Helfen auch Sie als Schweizer Demokrat/-in mit, davon wegzukommen.

SD-Programm: Weg vom Politfilz – mehr Demokratie und Freiheit

Jedes politische und gesellschaftliche System ist für die Bürgerinnen und Bürger nur so gut, als es durchschaubar, also transparent ist. In der Schweiz hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte ein parteipolitischer Filz eingeschlichen, der in der führenden politischen Kaste tief verwurzelt ist. Das führt zu Stimmabstinnenz, Staatsverdrossenheit und Unzufriedenheit. Diesen Filz, diese Vetterliwirtschaft der grossen Parteien, Gewerkschaften, Verbände und Wirtschaftsverbände, gilt es aufzubrechen. Die tiefe Stimmbeteiligung bei Abstimmungen und Wahlen zeigt, dass eine weit verbreitete Unzufriedenheit vorhanden ist. Solch negative Strukturen sind abzuschaffen. Machen wir aus unserem Land eine wahre Demokratie, eine transparente Gesellschaft, einen gerechten Staat mit freien Strukturen.

Wir Schweizer Demokraten (SD) fordern deshalb:

Weg vom Parteienstaat und Transparenz in der Politik

1. **Offenlegung der Spenden und Unterstützungen** an Parteien, Verbände, Gewerkschaften und Abstimmungskomitees bei Spenden, die höher sind als 10 000 Franken. Dazu ist ein öffentliches Spendenregister zu erstellen.
2. **Sämtliche Einkünfte von eidgenössischen Parlamentsmitgliedern** sind offen zu legen.
3. **Kantonalbankräte** sollen nicht mehr nur durch Parteivertreter besetzt werden. Mindestens zur Hälfte sind parteiunabhängige Leute und Fachleute in diese Gremien zu wählen.
4. **Ausserparlamentarische Kommissionen und Verwaltungsratsmandate öffentlicher Einrichtungen** auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene sind mindestens zur Hälfte mit parteiunabhängigen Leuten und Fachleuten zu besetzen.
5. Der **Parteienrichterstaat** ist ab-

zuschaffen. Mindestens die Hälfte aller Richterinnen und Richter sollen parteiunabhängig sein.

6. **Verflechtungen zwischen Politik und Wirtschaft** müssen öffentlich publik gemacht werden.

7. Regierungen und Regierungsparteien dürfen keine Befehlsempfänger der «economiesuisse» sein.

Das Wahl- und Abstimmungssystem soll demokratischer werden

1. **Der ganze Kanton ist ein Wahlkreis ohne Sperrklausel** und die Dauer der Legislaturperiode beträgt fünf Jahre. Das bringt eine repräsentativere und demokratischere Aufteilung der zu vergebenden Kantons-Parlamentssitze und verhindert, dass die Parteien im Dauerewahlkampf sind.

2. Wer bei eidgenössischen Wahlen **landesweit ein Prozent der Stimmen erhält**, bekommt in dem Kanton (mit mehr als fünf Sitzen) ein **Nationalrats-Grundmandat**, wo er am stärksten vertreten ist.

3. 70 000 Stimmberechtigte sollen eine **Bundesgesetz-Revision** vorschlagen können.

Die Medien müssen freier werden

1. Die Machtballung der Medien führen immer mehr zu einem **medialen Einheitsbrei**, zu Abhängigkeiten von Medienschaffenden und damit zu einer Verzerrung der öffentlichen Wahrnehmung und Diskussion. Die **Medienlandschaft** ist deshalb gesetzlich zu **entmonopolisieren**, hin zu kleineren Medienanbietern und damit zu einer grösseren Vielfalt.

2. Jede im Bundeshaus vertretene Partei soll **pro Monat 15 Minuten freie Sendezeit** im staatlichen Radio und Fernsehen erhalten.

3. **Medien**, die in den Parlamenten zur Berichterstattung akkreditiert sind, **sollen umfassend über die Arbeit der Parlamentarierinnen**

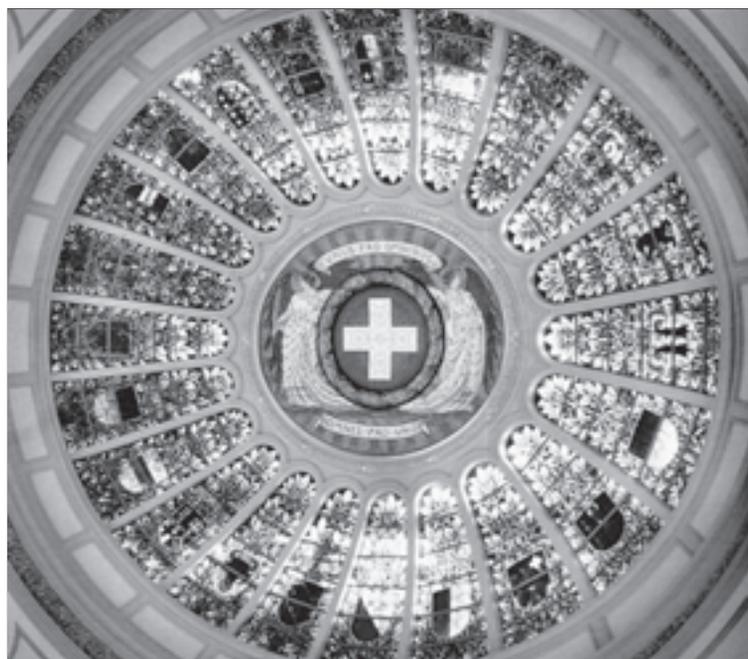
Überholter Gegensatz rechts/links!



Jean-Jacques Hegg,
e. Nationalrat,
Dübendorf

Unsere Partei ist in der letzten Zeit nicht gerade erfolgreich gewesen, weshalb ihre Führungsgremien den Beschluss gefasst haben, einen ernsthaften Neubeginn zu starten. Wichtig ist dabei der Versuch, die vor allem von den Medien gepflegte, aus der französischen Revolution stammende Bezeichnung, bei vielen Bürgern leider emotionell fixierten Einteilung politischer Haltungen und Tendenzen in «rechte» und «linke» zu überwinden. Diese ist nämlich den zeitgenössischen Problemen und Anliegen in keiner Weise mehr gewachsen! Voraussetzung ist allerdings, dass alle Parteipponenten sich auch an das Parteiprogramm halten. Im Übrigen war die Bewegung, aus der die Partei entstanden ist, von jeher nie eine «Rechtspartei» oder gar «rechts-extreme» Partei, aber auch keine «Linkspartei». Sie stand quer zum Gegensatz zwischen «links» und «rechts». Einfach gegen eine «Linke» zu polemisieren ist ja auch in jedem Fall noch keine Politik!

Betrachten wir einmal die wichtigsten Anliegen der Schweizer Demokraten: Bekämpfung der Masseneinwanderung und Schutz des Lebensraumes, der Umwelt. Umweltschutz wird im Allgemeinen als «links», Kampf gegen die Einwanderung als «rechts» bezeichnet. Beide bilden jedoch keine Gegensätze; im Gegenteil, sie bedingen sich gegenseitig. Bevölke-



rungswachstum und Bewahrung einer lebenswerten Umgebung sind wie Feuer und Wasser! Eine Hauptschwäche der bisherigen Politik ist, dass Rechte und Linke sich bekämpfen. Andererseits singen praktisch alle, von rechts bis links, das Hohelied des Wachstumssegen, ohne zu beachten, dass Bevölkerungswachstum und Wirtschaftswachstum sich aufschaukeln. Erfahrungsgemäss ist Wirtschaft ohne Bevölkerungswachstum, unbeschrieben vom allgemeinen Geschwätz über «qualitatives Wachstum», nicht möglich! Der Hinweis, dass eine Vergrösserung der Bevölkerung die Umwelt ebenfalls belastet, wird fast schon als Majestätsbeleidigung hingestellt, und zwar ohne Begründung! Übrigens belastet unvermeidlicherweise auch eine ausschliessliche Vermehrung der Wirtschaftstätigkeit die Umwelt.

Aber «Wirtschaft» ist doch nicht das Einzige auf der Welt! Der Theo-

rie, dass die Schweiz eine erfolgreiche Politik betreibt, kann nicht genug scharf widersprochen werden. Der aktuelle Wirtschaftsboom ist dabei kein Gegenbeweis. Es wird einseitige und kurzsichtige Wirtschaftspolitik betrieben, die wirtschaftlichen Überlegungen absoluten Vorrang einräumt. Angebliche Messgrössen eines Wirtschaftswachstums, Bruttosozialprodukt, prozentuales Wachstum, verschiedene Indexe, werden neuerdings sogar vierteljährlich erhoben und Wachstum kritiklos als Erfolg hingestellt. Ökologisch und im Grunde betrachtet verkauft das Schweizer Volk jedoch seinen Lebensraum und verprasst vorzu den Erlös in einem sinnlosen Konsumrausch, der unersetzliche Reserven verzehrt.

Unselige Abgrenzung

Eine Oppositionspolitik kann nur erfolgreich sein, wenn sie gegen diese allgemeinen Sirenen gesänge aufbegehrt und eine Lücke im politischen Parteienspektrum auffüllt. Nur so kann eine Partei in die eidgenössischen Räte zurückkehren und politischen Einfluss ausüben. Eine solche Lücke ist tatsächlich vorhanden, nämlich zwischen der SVP und den Linksparteien. Die SVP ist zwar die einzige, die etwas gegen die Einwanderung unternimmt, aber gleichzeitig nichts von Umweltschutz wissen will, obschon sie früher einmal als «grüne Partei» firmierte! SP und Grüne haben sich auf der andern Seite wenigstens den Schutz der Umwelt auf ihre Fahnen geschrieben, betrachten aber jede Beschränkung

der Einwanderung als des Teufels! Dass die Ecopop sich als Linksbewegung darzustellen versucht und dabei sowohl von den Schweizer Demokraten als auch der SVP Abstand nimmt, hat ebenfalls mit dieser unseligen Unterscheidung zu tun.

Es lässt sich durch Zitate aus früheren Parteiprogrammen belegen, dass die Nationale Aktion als Vorgängerpartei der SD tatsächlich eine Politik betrieben hat, die sowohl die Masseneinwanderung bekämpfte als auch dem Umweltschutz die nötige Aufmerksamkeit schenkte. Diese Politik ist neu zu aktivieren und der Schmuskurs mit der SVP aufzugeben. Nur so können wir als eigenständige Partei überleben.

Ökologische Komponente

Aktuell geht nichts ohne Distanzierung von der Kernkraft. Atomkraftwerke sind in doppelter Hinsicht gefährlich für unsern Lebensraum: Erstens ist ihr Betrieb gemessen an der Unvollkommenheit menschlichen Handelns störungsanfällig und mit einem so genannten Restrisiko verbunden; Zweitens erzeugen sie einen hochgiftigen Müll, der über Jahrmillionen radioaktiv bleibt. Radioaktive Substanzen führen teilweise direkt zu bösartigen Krankheiten, indem sie in die Organismen eingebaut werden; sie verändern und schädigen aber auch die Erbsubstanz, übrigens einschliesslich derjenigen von Pflanzen und Tieren. Das Problem der auf Ewigkeit sicheren Lagerung des atomaren Mülls bleibt ungelöst.

Dass es einen Zielkonflikt zwischen dem Landschaftsschutz und der nachhaltigen Erzeugung von Elektrizität gibt, ist offen zuzugeben. Es ist aber das Ergebnis einer nun ein halbes Jahrhundert dauernden falschen Politik, die uns in diese Zwickmühle hineingesperrt hat.

Einen wichtigen Teil des beschriebenen Dilemmas entsteht durch die so genannte Globalisierung. Auch hier wirkt sich die Spaltung in rechts und links verheerend aus. Eigentlich kann das Ziel einer Globalisierungsgegnerschaft nur in der Stärkung der Souveränität der Nationalstaaten bestehen. Sind Globalisierungsgegner nun «rechte» oder «linke»?

Eines ist sicher: Die Globalisierung ist das grösste Klumpenrisiko!

SD-Programm: Weg vom Politfilz

Fortsetzung von Seite 2

und Parlamentarier aller Parteien berichten.

4. Radio und Fernsehen sollen bei politischen Streitfragen, welche an der Urne zum Entscheid anstehen, für eine ausgewogene Darstellung der Argumente beider Seiten sorgen.

Den Überwachungsstaat einschränken

1. Der Überwachungs- und Datenerhebungsstaat ist auf ein Mini-

mum einzuschränken. Auf gewissen öffentlichen Plätzen, in Tram, Bahn und Bus, können Überwachungskameras aber sinnvoll sein.
2. Jeder Bürger und jede Bürgerin muss das Recht haben, seine eigenen Daten überall einsehen zu können und diese allenfalls auf die Richtigkeit hin abändern zu lassen.
3. Biometrie und Gentests zur «Lenkung» der Bevölkerung sind abzulehnen.

Von der Delegiertenversammlung am 25. Juni 2011 in Liestal einstimmig beschlossen.

Dreckige Uran-Aufbereitungsanlage

Offensichtlich haben die Russen etwas zu verbergen. Denn es ist eigentlich schon längst bekannt, dass in den letzten Jahrzehnten auf dem riesigen Uran-Abbau-Gelände in Mayak alles schief gelaufen ist, was nur schief laufen konnte. Unter widrigsten Umständen müssen russische Uran-Minen-Arbeiter das hoch giftige Uran zutage fördern. Sie werden nicht mit Schutzkleidung, die diesen Namen verdient, geschützt. **Praktisch alle Beteiligten wurden in den letzten Jahrzehnten massiv atomar verstrahlt.** Gemäss zuverlässiger Quellen sind auch einige Uran-Arbeiter bereits frühzeitig an Verstrahlung gestorben. Zudem sollen das ganze Gelände und die umliegenden Gebiete atomar verseucht sein. **Selbst Dörfer in der weiteren Umgebung sind stark verstrahlt.** Nun, wie schon angedeutet – das ist eigentlich alles bekannt. Dennoch bezieht der Schweizer Stromkonzern Axpo bereits seit langer Zeit Uran aus diesen umweltschädigenden Quellen. Man kann es auch direkt formulieren: **Damit wir Atomstrom haben, mussten und müssen in Russland Menschen sterben.** Nachdem dies nun so richtig öffentlich geworden ist, bekamen die Verantwortlichen der Axpo kalte Füsse. Sie wollten diese Anlage mal besuchen und inspizieren. Verantwortlicher Axpo-Verwaltungsrat ist ausgerechnet ein SVP-Regierungsrat, nämlich Markus Kägi, aus dem Kanton Zürich. Ein Atombefürworter, der nun zurückkriechen muss. Die Schweizer Axpo-Delegation darf Mayak aber nicht besuchen, weil dies angeblich russisches Militärgelände sei. **Die Russen tun alles dafür, dass dieses verstrahlte Gelände nicht inspiziert werden kann!** Tschernobyl lässt grüssen. Denn rund um Tschernobyl sind riesige Flächen atomar verseucht und für die Menschen unbewohnbar geworden. Menschen sterben an den Spätfolgen dieser Atomkatastrophe, die Tiere müssen bleiben und tragen die Verstrahlung weiter. Welche Schande für die Menschheit. **Diese Mayak-Erkenntnis müsste für die Axpo nur eines heissen: Ab sofort kein Uran mehr aus Mayak beziehen!** Und überhaupt: Ausstieg aus dieser menschenverachtenden tödlichen Atom-Technologie.

Europa steigt aus!

Österreich hat keine Atomkraftwerke. In Italien hat die Bevölkerung eben mit 94 Prozent aller

Stimmen beschlossen, dass kein AKW gebaut werden soll. Somit bleibt auch Italien AKW-frei. Und Deutschland will in etwas mehr als zehn Jahren aus dieser Technologie aussteigen. Es ist daher zu begrüssen, dass der Bundesrat und der Nationalrat den schweizerischen Ausstieg aus der Atomtechnologie beschlossen haben. Fehlt nur noch der Ständeratsentscheid im Herbst! **Dann haben wir in Italien, Deutschland, Österreich und der Schweiz mittelfristig eine atomfreie Zone.** Und in Frankreich wendet sich das Pendel ebenfalls. Bis vor Kurzem war es nicht denkbar gewesen, auch nur über Atomkraft zu diskutieren. Nun hat der französische Präsident bereits ein Forschungsprogramm zur Förderung der Alternativ-Energien beschlossen. Zudem hat jüngst eine Umfrage ergeben, **dass 60 Prozent aller Franzosen ebenfalls für den Atomausstieg sind.** Die französischen Atompolitiker sind einigermaßen irritiert darüber. Zum Glück. Es dämmert langsam in Frankreich und ganz Westeuropa!

AKW-Denkmal?

Der Chef der Sektion Heimatschutz und Denkmalschutz im Bundesamt für Kultur, Johann Mürner, kann es sich vorstellen, dass dazumal, wenn alle AKW abgestellt sind, eines stehen gelassen wird – als Kulturdenkmal! Bireweich sagen wir zu diesem Ansinnen! **Wenn der Heimatschutz nichts Gescheiteres mehr zu tun hat als solch landschaftsverschandelnde AKW-Ungetüme stehen zu lassen, dann kann man auf den Heimatschutz getrost verzichten.** Er lehnt sich ja auch dagegen auf, dass innerorts Solarpanels auf die Dächer gebaut werden können. Wie wenn man diese Panels sehen würde, wenn man durch eine Schweizer Stadt geht. Das sieht man bestenfalls von oben. Und wer hat schon den Überblick von oben! Ein solcher «Heimatschutz» wird immer fragwürdiger.



Verwaltungsräte, Politik und Filz

Es ist sehr klug, dass wir an der schweizerischen SD-Delegiertenversammlung ein Programm gegen den Filz beschlossen haben. Vor Kurzem wurde eine Auswertung publiziert, die aufzeigt, in wie vielen Verwaltungsräten unsere eidgenössischen Parlamentarier «sitzen» oder eben – «filzen». Die Rangliste: **An erster Stelle ist die FDP mit 583 Mandaten (12,1 Mandate pro Parlamentsmitglied der FDP)** und an zweiter Stelle ist die CVP/GLP/EVP mit 565 Mandaten (10,9 Mandate pro Parlamentsmitglied der CVP/GLP/EVP). Bei der BDP kommen 9,8 Mandate pro Parlamentarier. Bei der SVP 6 Mandate pro Parlamentarier, gefolgt von den Grünen mit 5,8 Mandate pro Parlamentarier. **Es gibt den Nationalrat Paul-André Roux CVP/VS mit 58 Verwaltungsratsmandaten** oder den Nationalrat Peter Malama FDP/BS mit 34 Verwaltungsratssitzen. Roux ist ein absolut unbekannter Hinterbänkler. Wir denken uns aber, dass dieser Mann – hintenherum dennoch viel Einfluss ausübt. **Und wir fragen uns, wie ein CVP-Nationalrat Konrad Graber und all seine Politikumpanen all diese Mandate nebst ihrer Parlamentsarbeit seriös ausüben wollen.** Da leidet doch vor lauter Geldschefflerei die Parlamentsarbeit! Dass die SP bei den Verwaltungsräten nicht an der Spitze vorkommt, scheint klar zu sein. Die sind aber mit den Gewerkschaften und grossen Verbänden liiert – auch nicht viel besser! **Da ist wirklich alles verfilzt in Bundesbern.** Von der FDP zur CVP über die SVP bis hin zu den Sozis und den Grünen. **Es ist an der Zeit, diesen Filz aus Bundesbern zu entfernen!** Wir haben deshalb in unserem neuen Anti-Filz-Programm auch geschrieben, dass Regierung und Regierungsparteien keine Befehlsempfänger der «economiesuisse» sein dürfen. Auch so eine Organisation, die überall ihre Pfoten drin hat.

Euro und Schulden

Immer wenn im Internet «lustige» Geschichten über irgendwelche Probleme die Runde machen,

steckt auch viel Wahrheit dahinter. So beispielsweise bei der Geschichte über den Euro. **Diese Milliarden-Hilfspakete sind im Grunde genommen nur eine gigantische Hin- und Herschieberei von Milliarden, welche die einzelnen Regierungen effektiv gar nicht haben, weil alle hoch verschuldet sind.** Das liest sich dann auf spöttische Art und Weise im Internet so:

«Euro-Rettungsschirm: Hier endlich die Erklärung, wie das EU-Rettungspaket funktioniert. Es ist ein herrlicher Tag in einer kleinen griechischen Stadt. Die Sonne scheint und alle dösen in den Tag hinein und lassen es sich gut gehen. Aber die Zeiten sind schlecht, jeder hat Schulden und alle leben von Krediten. An diesem speziellen Tag fährt ein reicher deutscher Tourist durch die Stadt, hält bei einem kleinen Hotel und legt einen 100-Euro-Schein auf den Tresen an der Rezeption. Er sagt dem Eigentümer, dass er die Zimmer inspizieren möchte, um vielleicht eines für eine Übernachtung zu mieten. Der Eigentümer gibt ihm einige Schlüssel und als der Besucher die Treppen hinaufgegangen ist, nimmt der Hotelier den 100-Euro-Schein, rennt zum nächsten Haus und bezahlt seine Schulden beim Schlachter. Der Schlachter nimmt die 100 Euro, rennt die Strasse runter und bezahlt den Schweinezüchter. Der Schweinezüchter nimmt die 100 Euro und bezahlt seine Rechnung beim Futter- und Treibstofflieferanten. Dieser Mann nimmt den 100-Euro-Schein und rennt zur Kneipe und bezahlt seine Getränkerechnung. Der Kneipenwirt schiebt den Schein zu einer an der Theke sitzenden Prostituierten, die auch harte Zeiten hinter sich hat und dem Wirt einige Gefälligkeiten auf Kredit geleistet hat. Die Prostituierte rennt zum Hotel und bezahlt die ausstehende Zimmerrechnung mit dem 100-Euro-Schein. Der Hotelier legt den Schein wieder zurück auf den Tresen, sodass der wohlhabende Reisende nichts bemerkt. In diesem Moment kommt der deutsche Reisende die Treppe herunter, nimmt den 100 Euro Schein und meint, dass ihm die Zimmer nicht gefallen. Er steckt den Schein ein und verlässt die Stadt. **Niemand produziert etwas. Niemand verdient etwas. Wie auch immer, ist nun die Stadt ohne Schulden und man schaut mit grossem Optimismus in die Zukunft. Und dies ist das System, wie das EU-Rettungspaket funktioniert. So, jetzt wisst Ihr Bescheid.»**

Rudolf Keller, e. Nationalrat, SD-Zentralpräsident, Frenkendorf



1961 bis 2011: Unsere Partei ist 50 Jahre jung SD - eine beachtliche politische Leistung!

Schweizer Demokraten

6. Teil: Markante Persönlichkeiten unserer Partei und die Gründung der Jung-Nationalen Aktion JNA



Rudolf Keller,
e. Nationalrat,
SD-Zentral-
präsident,
Frenkendorf

Nachfolgend können Sie ein Portrait vom wohl bekanntesten NA-Politiker der 70er-Jahre lesen, den wir in unseren Reihen je hatten – Valentin Oehen.

Portrait von Nationalrat Valentin Oehen,

NA/SD-Ehrenpräsident – wir gratulieren Valentin Oehen zu seinem 80. Geburtstag!



Valentin Oehen wie er lebt und lebt.

Valentin Oehen ist am 26. Juni 1931 geboren. Er ist verheiratet und Vater mehrerer erwachsener Kinder. Beruflich war er diplomierter Ingenieur Agronom ETH (studierte Milchwirtschaft an der ETH Zürich). Ursprünglich war er Mitglied der BGB; gelangte via Christlich-soziale Partei (1958–1965) und «Junges Bern» (1967–1970) Ende 1970 zur Nationalen Aktion (NA). Als er 1971 für die NA in den Nationalrat gewählt wurde, zwang ihn die Eidgenössische milchwirtschaftliche Forschungsanstalt in Liebefeld, diesen Posten sofort zu verlassen. Er hatte sich dazu entschieden und nahm das Nationalratsmandat an. **Von 1971 bis 1987 war er NA-Nationalrat.** Valentin

Oehen wurde 1972 zum NA-Zentralpräsidenten gewählt und übernahm auch die Chefredaktion der Parteizeitung «Volk und Heimat». Zudem wurde er in die Könizer Exekutive gewählt. Damals war Valentin Oehen ein landesweit bekannter Politiker. Er verkörperte die Nationale Aktion wie kein anderer. Und er prägte sie auch sehr stark ökologisch. In den Siebzigerjahren trat er an einer Veranstaltung nach der andern auf. Kaum ein Politiker polarisierte damals so stark wie Valentin Oehen. Offensichtlich war er aber auch bei sehr vielen Leuten äusserst beliebt. **Er wurde nämlich einmal gar zum Schweizer des Jahres gewählt!**

Sein Kampf galt der Überfremdung und Einwanderung. In führender Position kämpfte er für zwei NA-Volksinitiativen gegen die Einwanderung. Sodann hat er in einer von der NA erzwungenen Volksabstimmung massgebend dabei mitgeholfen, dass die Einbürgerungen nicht erleichtert wurden. **Unter seiner Führung wurde von der NA in einer Referendumsabstimmung auch ein neues liberales Ausländergesetz gebodigt.** Ebenso erfolgreich war er in seinem Kampf gegen den Ausverkauf der Heimat. Auf sein Konto gehen auch einige grosse Wahlsiege unserer Partei! Auch in der Jura-Frage etablierte er sich als Gegner der Separatisten. Zudem vertrat er eine gut durchdachte ökologische Politik und kämpfte gegen Atomkraftwerke. **Valentin Oehen prägte unsere politischen Programme wie kein Zweiter nach ihm!** Einige Jahre ar-



Früher in der Nationalen Aktion (NA) vereint: NA-Nationalrat Valentin Oehen (rechts) und James Schwarzenbach, der die NA vor den Eidg. Wahlen 1971 verlassen hatte und die Republikanische Bewegung gründete, im April 1974 im Nationalrat in Bern.

beitete Valentin Oehen nach seiner politischen Karriere auch als Biobauer im Tessin. Heute schreibt Valentin Oehen noch immer Zeitungsartikel für unsere Parteizeitung und er ist Ehrenpräsident der SD.

NA und SD Rekorde und deren Inhaber – Bekannte NA- und SD-Politiker

Georges Breny

Der 45-jährige Buschauffeur Georges Breny war von 1971 bis 1975 der einzige Nationalrat, den unsere Partei im Kanton Waadt je hatte.

Peter Brunner

Vom Jahr 2000 bis 2001 war Peter Brunner der erste und einzige Präsident eines kantonalen Parlaments, den unsere Partei je stellen durfte. Er meisterte seine Arbeit als Baselbieter Landratspräsident bravourös!

Fritz Stalder

Fritz Stalder war eine markante Persönlichkeit. Von Beruf her SBB-Kondukteur, ein Arbeiter wie er im Buche stand. Er war nacheinander Thuner Stadtrat, Berner Grossrat und von 1991 bis 1995 Nationalrat. Fritz Stalder nahm auch in allen schweizerischen Parteigremien Einsitz.

Eric Weber

Anfang der 80er-Jahre war Eric Weber Basler Grossrat. Der Sohn des ehemaligen NA-Zentralpräsidenten Rudolf Weber (Ende der 60er-Jahre Zentralpräsident) war damals der jüngste Grossrat der ganzen Schweiz.

Markus Ruf



Er war in den 80er-Jahren Stadtrat, Grossrat und Nationalrat für unsere Partei. Auf allen drei Stufen unseres Landes fiel er durch eine aktive Oppositionspolitik auf. Zudem war der Jurist als guter Redner im Nationalrat bekannt.

Lidwina Wiederkehr-Müller



Sie war zuerst Sekretärin unserer Partei, dann Aargauer Kantonalpräsidentin, SD-Zentralvizepräsidentin und die bisher einzige Gemeindepräsidentin der SD. In Rekingen/AG war sie Frau Gemeindevorsteherin!

Bernhard Hess



Er diente der Partei auch auf allen Stufen: Als Berner Stadtrat, als Grossrat und 8 Jahre als Nationalrat. Zudem ist er bis heute SD-Zentralsekretär und Chefredaktor unserer Zeitung.

Erwin Kupper

Auch solche Leute sind wichtig bei uns. Erwin Kupper aus Zwiidlen/ZH gehörte keinem Parlament an. Aber er war ein hervorragender Organisator und sass während vielen Jahren in der schweizerischen Geschäftsleitung unserer NA, wo er sich vor allem um interne Organisations- und Koordinationsfragen und mit den Finanzen der Partei beschäftigte.

Rudolf Keller



Ist seit 40 Jahren Mitglied der schweizerischen Leitungsgremien unserer Partei und hat in diesen 40 Jahren nur vier Sitzun-

gen verpasst (zwei Zentralvorstandssitzungen, eine Geschäftsleitungssitzung und eine Delegiertenversammlung – wegen einer schweren Krankheit seiner Tochter, zudem fehlte er ferienhalber an einer einzigen 1.-August-Feier. Sonst war er in den letzten 40 Jahren immer und überall dabei – ein absoluter Rekord! Ein weiterer Parteirekord sind seine 19 Jahre Zentralpräsident, von 1986 bis 2005 – und jetzt wurde er wieder neu als Zentralpräsident gewählt. Zudem war er 8 Jahre Gemeindegemeinschaftsmitglied von Frenkendorf, mehr als 15 Jahre Landrat und 8 Jahre Baselbieter Nationalrat.

Dr. Jean-Jacques Hegg



War Gemeinderat von Dübendorf, Zürcher Kantonsrat und Nationalrat. Zudem war er derjenige, der mit Kurt Koller zusammen am zweitlängsten Einsitz in unseren Parteigremien hatte. Viele Jahre war Jean-Jacques Hegg auch Chefredaktor unserer Zeitung. Heute ist er Ehrenmitglied der SD.

Kurt Koller



Er gehörte dem schweizerischen Zentralvorstand während 39 Jahren an. Zudem war er St.Galler Kantonalpräsident, Zentralkassier und SD-Zentralvizepräsident.

Hardi Bischof



Als Zürcher wurde Hardi Bischof 1991 in den Nationalrat gewählt. Ihm gehörte er bis 1995 an. Hardi Bischof war ein treuer SD-Mann, den es nach seiner Abwahl aber in die weite Welt nach Südamerika zog.

Dr. Dragan Najman, NA/SD-Parlamentsrekordhalter



Dragan Najman NA/SD-Parlamentskönig.

26 Jahre vertrat uns Dragan Najman im Badener Stadtparlament. Seit 28 Jahren ist er Aargauer Grossrat. Er ist derjenige Politiker aus unseren Reihen, der am längsten überhaupt in einem Parlament Einsitz hat(te). Zudem war er Chefredaktor unserer Parteizeitung und viele Jahre Zentralvorstandsmitglied und Parteileitungsmitglied.

Christoph Spiess



Seit 37 Jahren ist Christoph Spiess Mitglied der schweizerischen Leitungsgremien. Er ist SD-Zentralvizepräsident und bereits 17 Jahre sehr aktiver und erfolgreicher Gemeinderat der Stadt Zürich. Zudem ist er einer der drei Kammerpräsidenten am höchsten Zürcher Obergericht.

Arthur Flück

Arthur Flück war ein begnadeter kantiger Berner Politiker, der die in den 70er-Jahren starke NA-Stadtsektion Bern präsierte. Unter Arthur Flücks Ausstrahlung war die NA in der Stadt Bern eine politische Macht.

René Kunz



Er zählt zur neueren Generation von Politikern. Im Kanton Aargau ist er SD-Kantonalpräsident und ein bekannter Grossrat. Lan-

desweit kam er jüngst in die Schlagzeilen mit einem von ihm angestrebten Burkaverbot, das der Grosse Rat angenommen hatte.

Portrait von Nationalrat Hannes Steffen

Hans Steffen ist am 29. September 1931 in Zürich geboren. Er wohnt in Fischenthal und war dort auch ein sehr beliebter Lehrer. Zunächst gehörte er der FDP an, danach überlegte er sich den Beitritt zu den Republikanern, fand dann aber rasch den Weg zur NA, für die er im Gemeinderat von Fischenthal arbeitete.

Vom 4. Februar 1985 bis am 5. Dezember 1999 war er Nationalrat. Dort war er auch Fraktionschef der SD/Lega-Fraktion und bekannt für seine gehaltvollen Nationalratsvoten. Zudem war er Mitglied des Ratsbüros und der Staatspolitischen Kommission. Als Redaktionskommissions-Mitglied schrieb er ungezählte Artikel für unsere



Hans Steffen bei einer 1.-August-Rede, im Hintergrund Peter Grämiger, treues Zürcher NA-Mitglied

Parteizeitung. Er war Mitgründer und Vorstandsmitglied der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz AUNS und betrieb eine moderat nationale Politik. Hans Steffen ist seit 1964 mit Hilde Stöckli verheiratet, das Paar hat zwei erwachsene Kinder.

Motion Robert Meyer

Weg mit dem EU-Wappen an den Ortseingängen Berns

– wir wollen keine fremden Hohheitszeichen

Nach wir vor stehen an den Ortseingängen Berns die blauen Tafeln mit dem Schriftzug «Gemeinde Europas» und dem EU-Wappen. Das seinerzeitige Anbringen dieser Tafeln wurde etwas spitzfindig damit begründet, die Schweiz und damit auch Bern seien ja Mitglied des Europarates. Beim blauen Wappen mit den 12 goldenen Sternen handelt es sich jedoch nach heutiger Verwendungssusanz und Volksempfinden nicht um ein Wappen Europas allgemein, sondern um das Hoheitszeichen der supranationalen Organisation «Europäische Union». Während niemand bestreitet, dass Bern in Europa liegt, ist ebenso klar, dass die Schweiz und Bern nicht zur Europäischen Union gehören. Das hoheitliche Wappen einer fremden supranationalen Organisation mit (zwar verheimlichtem aber offensichtlichem) Ziel der Bundesstaatlichkeit stellt eine Provokation der freiheitsliebenden Bevölkerung Berns dar und ist ein Angriff auf die Souveränität der Schweiz.

In Zeiten, in denen

- die Fehlkonstruktion Euro schönereget wird
- die «reichen» Länder schlechtem Geld gutes hinterherwerfen

- die EU von einem Rettungsschirm von 750 Milliarden Euro schwafelt, die gar nirgends vorhanden sind
 - angebliche «reiche» aber de facto fast genauso überschuldete Staaten wie Deutschland sich grossartig zu Retter der total maroden Schuldenländer aufspielen
 - die Schlussrechnungen der ganzen Übung letztlich bei den kleinen Leuten landen wird, sei es durch Inflation, sei es durch Steuerrechnungen
 - die EU die de-facto-Staatsbankrotte vieler ihrer Mitgliedsländer nicht anerkennen will und lediglich mit ihrem unnützen Rettungswahn Zeit gewinnen will
 - und sie das ganze Schlamassel dann noch als Begründung für noch mehr Zentralisierung sprich Eigenstaatlichkeit heranzieht,
- in solchen Zeiten täten wir gut, der EU nicht nur nicht beizutreten, sondern uns aktiv gegen sie zu stellen, d.h. u.A. auch EU-Symbole zu entfernen.

Ich fordere daher den Gemeinderat auf, die blauen Tafeln mit dem EU-Wappen und dem Text «Gemeinde Europas» an den Ortseingängen Bern zu entfernen.

SD-Delegiertenversammlung

Kämpferische Aufbruchstimmung

Rudolf Keller neuer Zentralpräsident

Am 25. Juni fand eine von der SD Baselland organisierte ausserordentliche schweizerische Delegiertenversammlung statt. Leider mussten die Delegierten vom Rücktritt von Markus Borner von seinem Amt als Zentralpräsident Kenntnis nehmen. **Wir bedauern das sehr und danken ihm sehr herzlich für die immense Arbeit, die er für unsere Sache geleistet hat. Markus Borner war auch als Basler Grossrat und Verfassungsrat ein äusserst guter Vertreter unserer Sache.**



Als **Nachfolger** wurde einstimmig **Rudolf Keller**, e. Nationalrat, aus Frenkendorf, Baselland, gewählt. Er hat die Partei in früheren Jahren schon sehr erfolgreich als Zentralpräsident geleitet.

Vor einigen Jahren ist Rudolf Keller zurückgetreten, weil er wieder neue Kräfte tanken musste. Dies hat er in der Zwischenzeit getan, was er eindrücklich vordemonstrierte bei seinen Ansprachen, die er an der St.Galler Generalversammlung und an der kantonalen Zürcher Mitgliederversammlung vorgetragen hat. Ein kämpferischer, positiv gestimmter Rudolf Keller ist wieder zurück. Mit ihm zusammen wollen wir wieder in bessere Zeiten starten. Wir wünschen ihm viel Erfolg und Befriedigung im neuen – alten Amt. Er hielt vor den Delegierten eine lang

anhaltend applaudierte tolle Ansprache. Auf geht's in den Kampf!

Das Zitat der Delegiertenversammlung (von Rudolf Keller):
«Kartoffeln können wir essen – Beton nicht!»

Wegen der Wahl von Rudolf Keller zum Zentralpräsidenten wurde das



Amt des **2. SD-Zentralvizepräsidenten** frei. Dies übernahm – ebenfalls einhellig gewählt – Gemeinderat **Christoph Spiess**, aus Zürich.

Wir wünschen ihm alles Gute in dieser anspruchsvollen Tätigkeit.



Sodann tritt auf den Herbst hin **Bernhard Hess**, aus Bern, als Zentralsekretär und Chefredaktor unserer Zeitung zurück. Ihm

danken wir für seine jahrelange Arbeit in der Partei, im Stadtrat, im Grossrat und im Nationalrat. Bernhard Hess sucht persönlich eine neue berufliche Herausforderung, bleibt aber den SD als Mitglied treu.



Adrian Pulver, Bern, wurde von den Delegierten einstimmig zum neuen **Zentralsekretär und Chefredaktor** gewählt.

Er ist ein bewährter Administrator und hat die Gabe, gut schreiben zu können (siehe Leitartikel in unserer Juni-Zeitung). Zudem ist er seit vielen Jahren Mitglied des Zentralvorstandes und war auch schon schweizerisches Parteileitungsmitglied. Der 28-jährige Adrian Pulver ist für unsere Partei die ideale Besetzung für den Zentralsekretärs-Posten. Wir wünschen ihm ab September alles Gute in seiner neuen Funktion.



Als Nachfolgerin von Bernhard Hess wird sodann **Susanne Studer**, SD-Einwohnerin aus Allschwil, Einsitz in unsere Gremien nehmen. Ihr wünschen wir alles Gute für diese verantwortungsvolle Arbeit.

Somit ändert sich einiges an der Spitze unserer Partei. Für uns ist es ein Neustart in eine erfolgreiche Zukunft!

Zwei neue Programme verabschiedet

Noch rechtzeitig vor den Nationalratswahlen haben die SD zwei neue politische Programme einstimmig verabschiedet. Sie ergänzen das bereits bestehende 10-Punkte-Programm. Einerseits wurde die «Grundsatzklärung von 1971», zur Heimat und Umwelt, 40 Jahre danach bekräftigt und erneuert. Es

geht darum, die Partei als ökologisch fundiert politisierende Partei zu positionieren. Denn ohne intakte Umwelt und Heimat, ist das Überleben unseres Volkes nicht gesichert. Und andererseits genehmigten die Delegierten das neue Programm «Weg vom Politfilz – mehr Demokratie und Freiheit». Damit positionieren sich die Schweizer Demokraten als oppositionelle Partei in der Politlandschaft. Gerne publizieren wir diese beiden Programme in der vorliegenden Zeitung.

Sodann wurde davon Kenntnis genommen, dass nach den Nationalratswahlen ein viertes Grundsatzzprogramm, zu sozialen Fragen, erarbeitet wird. Ziel dieser Programme ist es, eine leere politische Nische wieder (also wie in früheren Jahrzehnten erfolgreich) zu besetzen. Die Schweizer Demokraten werden damit wieder diejenige Kraft, die sie noch vor zwei Jahrzehnten sehr erfolgreich waren: eine nationale und konservative Oppositions-Partei, die eine ökologische und soziale Politik betreibt.

SD Parteileitung

SD 
Schweizer Demokraten

Schächtverbot vom holländischen Parlament mit grosser Mehrheit durchgesetzt!

Die Niederlande hat letzte Woche im Parlament – trotz wütender Drohungen, vor allem von Seiten islamischer und mosaich-orthodoxer Fanatiker – die Barbarei des betäubungslosen Schächtens mit grosser Mehrheit (116 zu 30) verboten. Der entsprechende Antrag wurde von der holländischen «Partei für die Tiere» mit ihren zwei Abgeordneten Marianne Thieme und Esther Ouwehand eingebracht und über mehrere Jahre verhandelt. Das Resultat war – angesichts der massiven Proteste jüdischer und muslimischer Glaubensvertre-



ter (siehe auch <http://www.youtube.com/watch?v=HZwS3FC8pTE&feature=email>) – ein vertretbarer

Kompromiss: Betäubungslos geschächtet werden darf nur, wenn nachgewiesen werden kann, dass den Tieren durch das Schächten nicht noch mehr Leid zugefügt wird als bei der Schlachtung mit Betäubung. In Fachkreisen gilt es jedoch – logischerweise – als unmöglich, solch einen Nachweis zu erbringen.

Somit ist Holland nun das zweite EU-Land neben Schweden (und den Nicht-EU-Ländern Schweiz, Norwegen, Island und Liechtenstein), in dem diese extreme, mit-

telalterliche Barbarei verboten worden ist.

Möge dies ein Beispiel sein für Politiker in anderen europäischen Ländern – z. B. in Österreich und Deutschland – endlich auch konsequente, und nicht nur zahnlose Schächtverbote durchzusetzen!

Unsere Petition zur verpflichtenden Kennzeichnung von Schächtfleisch an die EU-Abgeordneten haben wir ebenfalls letzte Woche eingebracht und warten derzeit auf eine Reaktion.



Jubiläumsfeier 50 Jahre NA/SD

SD 
Schweizer Demokraten

1.-August-Feier 2011



Die diesjährige 1.-August-Feier findet statt
im Fischerei-Park,

Gouchertweg 1, 3252 Worben/BE

(ab Bahnhof Studen wird um 10.10 Uhr ein Shuttlebus zur Verfügung stehen; Fussweg via Gouchertweg ca 700 m)



Programm:

ab 10.30 Uhr:

Musikalischer Auftakt mit «Musik mit Dänu».

10.40 Uhr:

Gemeinsames Singen der Nationalhymne «Rufst Du mein Vaterland»

Begrüssung und Programmführung durch Bernhard Hess,
e. Nationalrat, SD-Geschäftsführer

Begrüssung und Kurzansprache in französischer Sprache
durch Dr. Michel Dupont, Pully, SD-Vizepräsident

11.00 Uhr:

«Die Zukunft der Schweiz» aus jugendlicher Sicht von Marco Schällmann, Präsident Junge SD

11.20 Uhr:

«Die NA/SD – eine erfolgreiche Bewegung» von Valentin J. Oehen, e. Nationalrat, SD-Ehrenpräsident

12.00 Uhr:

Mittagessen – Musikalische Umrahmung mit «Dänu»

Menü 1: Schweinsschnitzel mit Pommes frites und grüner Salat.

Kosten: Fr. 24.90

Menü 2: Forellen-Knusperli mit Pommes frites und grüner Salat.

Kosten: Fr. 28.90

14.00 Uhr:

Ansprache zum SD-Jubiläum: «Die Schweiz – unsere Heimat!»
von Rudolf Keller, e. Nationalrat und e. SD-Zentralpräsident

15.30 Uhr:

Gemeinsames Singen «Trittst im Morgenrot daher»
Ende der Veranstaltung.

Wichtig: Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Dieser Anlass wird bei jeder Witterung durchgeführt. **Parkplätze** vorhanden.

Fahrplan: Bern ab 9.30; Studen an 9.58 (Richtung Biel); Biel ab 9.54; Studen an 9.59 (Richtung Bern)



Veranstungshinweise der SD-Sektionen



Bezirk Baden und Umgebung:
Stamm im Hotel «Winkelried», Landstr. 36, Wettingen.
Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr.

Fricktal: Stamm im Rest. «Weisses Rössli» in Eiken. Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr.



SD Stadt Bern: Höck (Vorstandssitzung, Gäste sind stets eingeladen!) im Restaurant «Jäger», Murtenstr. 221, Bern-Bethlehem. Postauto

Nr. 101, Haltestelle Untermattweg (von dort ca. 1 Min. zu Fuss). Oder Tram Nr. 8 Richtung Brünnen-Westside, Haltestelle Säge (von dort ca. 5 Min. zu Fuss). Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr.

Berner Oberland: Höck im Hotel «Milan» in Ringgenberg. Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr.



Winterthur und Umgebung:
Höck im Restaurant «Blume», Wülflingerstrasse 236. Jeden 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr

(bei einem Feiertag eine Woche später).



Luzern-Innerschweiz:
Höck im Rest. «Tribtschen», im kleinen Saal, Kellerstrasse 25a, Luzern. Jeweils am letzten Montag im Monat ab 20 Uhr. Es ist immer jemand da!



Kantonalsektion St. Gallen:
Stamm am 25. August ab 19.30 Uhr im Restaurant «Dufour» am östlichen Ende des

St. Galler Hauptbahnhofs (Kein Stamm im Juli). Weitere Infos über Telefon 079 639 06 07, abends.

jsd-nordwestschweiz.ch: Immer am 1. Montag des Monats Stamm ab 20 Uhr. Jetzt neu in der «Sportbar» an der Rheinstrasse 4 in Liestal. Wir sind alles Junge!

Weitere Anlässe bitte melden an:
info@sd-marktplatz.ch

Kanton Zürich**Stadt Zürich****Abbruchwelle endlich stoppen!**

Ganze Siedlungen mit günstigen Wohnungen werden abgebrochen, eine nach der anderen. Architekten auf der Suche nach lukrativen Aufträgen reden den Vorständen von Wohnungsgenossenschaften ein, eine Renovation lohne sich nicht. Und die Stadtbehörden helfen kräftig mit, die Abbruchwelle noch zu beschleunigen. Sie wollen Platz für immer noch mehr Zuwanderer, vom gut verdienenden Kadermann aus Deutschland bis zum Asylanten aus Nigeria. Leidtragende sind langjährige einheimische Mieterinnen und Mieter, die mit einer sanften Renovation ihrer Wohnungen zufrieden wären. Wird neu gebaut, gibt es zwar mehr Komfort, doch welcher Normalverdiener oder Rentner kann bleiben, wenn die neue Wohnung z.B. statt 1000 plötzlich 2200 Franken kostet?

Mietskasernen wie einst in der DDR?

Und was gebaut wird, ist oft eine unverschämte Verschandelung des Quartierbildes. Wo beim Triemli bis vor Kurzem eine Siedlung mit normalen Mehrfamilienhäusern stand, die man ohne Weiteres noch hätte renovieren können, werden jetzt hässliche Ungetüme aus grauem Beton hochgezogen. Soll das eine Kaserne werden oder eine Strafanstalt für 1000 Häftlinge? Nein, wir Zürcherinnen und Zürcher sollen dort hausen, zusammengepfercht wie Ameisen in ihrem Haufen, dafür viel teurer als bisher! Unsere Behörden verordnen uns «verdichtetes Bauen», statt endlich die EU-Personenfreizügigkeit zu kündigen und die Einwanderung zu stoppen. Immer noch mehr Wohnungen in wüsten Betonklötzen nützen uns Zürcherinnen und Zürcher nichts. Wir alle brauchen nur eine Wohnung, aber diese sollten wir noch bezah-



len können, und wir sollten uns darin und im Quartier auch weiterhin wohlfühlen können!

Widerstand ist angesagt!

Im Gemeinderat haben wir Schweizer Demokraten letztes Jahr einen Vorstoss unternommen, um die Abbruchwelle aufzuhalten. Wir brachten ihn auch durch, mussten ihn aber bis zur Unkenntlichkeit verwässern, um dafür eine Mehrheit zu erhalten. Die bürgerlichen Parteien sind offensichtlich nicht an günstigen Wohnungen interessiert – für sie ist mehr Profit für die Immobilienbranche vorrangig. Und die Linken wollten auch nicht recht mitmachen. Platz für noch mehr Ausländer ist ihnen anscheinend wichtiger als bezahlbarer Wohnraum für uns Einheimische. Also geht alles weiter wie bisher. Doch wir Schweizer Demokraten bleiben dran. Wir kämpfen weiter für die Erhaltung günstiger Wohnungen und für den Schutz des Quartierbildes. Und auch viele von Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, können mithelfen. Wehren Sie sich in Ihrer Wohnungsgenossenschaft gegen Projekte zum sogenannten «Ersatzneubau» ganzer Siedlungen. Sie sind nicht nur MieterInnen, Sie sind stimmberechtigte TeilhaberInnen Ihrer Genossenschaft. Sie brauchen nicht Angst vor einer Wohnungskündigung zu haben, wenn sie «Nein» stimmen – das ist Ihr gutes Recht! Im Gegenteil: Sie können sogar den Vorstand abwählen. Wehren Sie sich also, Widerstand nützt! Melden Sie uns solche Abbruchprojekte: Wir werden mit Ihnen zusammen für die Erhaltung der bezahlbaren Wohnungen kämpfen!

Christoph Spiess, Gemeinderat, Zentralvizepräsident, Zürich

Aufgepasst!

Der «Schweizer Demokrat» gehört nach dem Lesen nicht ins Altpapier. Bitte die Zeitung an Freunde und Bekannte weitergeben oder an einem belebten Ort (Restaurant, Wartsaal, usw.) mit dem Zeitungsnamen nach oben liegen lassen... für den nächsten interessierten Leser!

Gemeinderat von Zürich**Interpellation zum Eurozerfall**

In Anbetracht des sich immer deutlicher abzeichnenden Zusammenbruchs der Gemeinschaftswährung «Euro» und des rasanten Wertzerfalls des US-Dollars bitten wir den Stadtrat höflich um Beantwortung folgender Fragen:

1. In welchem Umfang halten die Stadt Zürich bzw. die städtische Pensionskasse Vermögenswerte, die in Euro bzw. in US-Dollars denominated sind?
2. Haben die Bestände an solchen Vermögenswerten in den letzten Jahren abgenommen oder haben es die zuständigen Organe der Stadt bzw. der städtischen Pensionskasse versäumt, sie rechtzeitig abzustossen?
3. Geschieht Letzteres, soweit noch solche Vermögenswerte vorhanden sind, um weitere Verluste zu vermeiden, wenigstens jetzt?
4. Wie wirkt sich der Umstand,

dass dem Kanton Zürich namhafte Gewinnausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank verloren gehen, weil diese viele Milliarden in wirkungslose Versuche zur Stützung des Euro verlockt hat, auf die Stadt Zürich aus (z.B. in Form von Lastenüberwälzungen vom Kanton auf die Gemeinden)?

5. Sind dem Stadtrat aus der Stadt Zürich Fälle bekannt, in denen Unternehmungen ihrem Personal Lohnauszahlungen in Euro aufzuzwingen versuchen, um das Währungsrisiko auf die Angestellten abzuwälzen?
6. Welche Massnahmen können gegebenenfalls ergriffen werden, um bei solchen Missbräuchen die Funktion des Schweizer Frankens als gesetzliches Zahlungsmittel durchzusetzen?

*Patrick Blöchlinger, Gemeinderat
Christoph Spiess, Gemeinderat*

Zürcher SD-Nationalratsliste

In Zürich traf sich eine stattliche Anzahl Mitglieder zur kantonalen Nominationsversammlung für die Nationalrats-Wahlliste. Unter dem Vorsitz von Gemeinderat Christoph Spiess lief ein streng demokratisches Wahlverfahren ab. Christoph Spiess bat die Anwesenden, alte und junge Kandidierende und solche aus Land und Stadt bunt zu mischen und darauf zu achten, dass auch Frauen eine gute Listenposition erhalten. Wer von den Kandidierenden wollte, konnte sich in einem Votum auch noch vorstellen und über seine politischen Beweggründe reden. Davon haben dann auch einige Gebrauch gemacht. Alle anwesenden Stimmberechtigten erhielten eine Liste mit allen Namen der Kandidierenden. Daraus konnten sie ihre eigene Liste aufstellen. Danach wurden diese Listen ausgewertet und es ergab sich folgende Nationalratsliste:

1. Blöchlinger Patrick, 1977, Geschäftsführer / Gemeinderat, Zürich 11
2. Wobmann Walter, 1960, med. Lagerist, Zürich 11
3. Wahl Roland, 1963, Reisezugbegleiter, Urdorf
4. Wenger Christian, 1974, Bahnangestellter / e. Gemeinderat, Zürich 9
5. Meuli Roger, 1972, Bahnangestellter, Zürich 3
6. Jenny Rosa Maria, 1959, Personal-Organisationsberaterin, Zürich 8
7. Gassmann Esther, 1972, Pflegefachfrau, Zürich 12
8. Scherrer Stefan, 1979, Automechaniker, Kloten
9. Marcher Pascal, 1986, Haustechniker, Volketswil

10. Graf Marlis, 1948, Köchin, Zürich 3
 11. Hiestand Markus, 1967, Maurer, Schlieren
 12. Suremann Claude, 1956, Leiter Techn. Dienst, Zürich 3
 13. Wenger Robert, 1945, Maler / e. Kantonsrat, Bassersdorf
 14. Tröndle Peter, 1972, Lagerist, Zürich 4
 15. Hümbeli Hansruedi, 1945, Maler / Künstler, Zürich 7
 16. Tarnutzer Andreas, 1965, Betriebsarbeiter, Bäretswil
 17. Brühlmann Ursula, 1951, Office-Managerin, Dietikon
 18. Wietlisbach Paul, 1944, Kaufmann / e. Kantonsrat, Zürich 9
 19. Tellenbach Alice, 1958, Zahnarztgehilfin, Zürich 10
 20. Fröhlich Ursula, 1952, Sicherheitsbeauftragte/e. Gemeinderätin, Winterthur
 21. Heeb Herbert, 1963, Sanitär-Installateur, Steinmaur
 22. Lanker Andreas, 1974, Hochbauzeichner, Zürich 2
 23. Merkli Stefan, 1954, Vermessungszeichner, Zürich 8
 24. Casutt Hildegard, 1948, Büroangestellte, Zürich 4
 25. Diethelm Esther, 1958, Verkäuferin, Zürich 12
 26. Meier Jonas, 1978, Gartenbauer, Zürich 11
 27. Albrecht Daniel, 1976, Maler, Zürich 10
 28. Joss Kurt, 1952, Hauswart, Zürich 10
 29. Gurzeler Beat, 1952, Feinmechaniker, Winterthur
 30. Bühler Rolf, 1950, Fotograf, Zürich 4
 31. Peter Rolf Erich, 1951, pens. Bahnbeamter, Wangen b. Dübendorf
 32. Zehnder Christoph, 1964, Angestellter, Eglisau
 33. Baldauf Walter, 1941, Wirt, Volketswil
 34. Tissot Charles, 1951, kaufm. Angestellter, Zürich 2
- Reserve: Speck Hans, 1948, Taxifahrer / e. Gemeinderat, Opfikon

**Kanton Bern**

Die SD treten im Kanton Bern zu den Nationalratswahlen an

Der Berner Stadtrat Robert Meyer ist Spitzenkandidat**Alt Nationalrat Bernhard Hess verzichtet – Listenverbindung mit der Liste Jimmy Hofer.**

Die SD des Kantons Bern haben an ihrer ordentlichen Mitgliederversammlung die drei Spitzenkandidaten für die Nationalratswahlen bestimmt. Es sind dies:

1) **Robert Meyer**, Bern, geb. 1960, Stadtrat in Bern, Treuhänder/Buchhalter. Präsident der SD-Stadtsektion Bern2) **Andreas Beyeler**, Worben, geb. 1970, Wirt, Präsident der SD Kanton Bern3) **Walter Brunner**, Unterseen, geb. 1974, Gärtner / Hauswart, Präsident der SD-Sektion Thun/ Oberland

Alt Nationalrat Bernhard Hess hat sich zum Bedauern der SD nicht für eine erneute Kandidatur zur Verfügung gestellt.

Die SD setzen im Wahlkampf vorab auf ihre aktuelle Volksinitiative «Für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung», werden aber auch Themen wie Bankenregulierung, Abzockerei und Lohnschere thematisieren. Die SD (früher NA), die am 1. August ihr 50-Jahr-Jubiläum feiern werden, stellen einerseits erfreut fest, dass Forderungen zur Einwanderungs- und Bevölkerungspolitik, die sie seit 50 Jahren vertreten, nun teilweise von andern grossen Parteien übernommen werden.

Um diesen jedoch zum Durchbruch zu verhelfen, braucht es sie mehr denn je. Die SD werden eine Listenverbindung mit der Liste Jimmy Hofer eingehen und streben damit zwei Nationalratssitze an.

*Andreas Beyeler,
Kantonalspräsident, Worben***Kanton Luzern****SD markieren im Kanton Luzern bei den Nationalratswahlen Präsenz!**

Mit zwei bewährten SD-Mitgliedern wird sich die Sektion Luzern/Waldstätte nach längerem Unterbruch wieder aktiv an einer nationalen Wahl beteiligen. Ziel der SD ist unter anderem eine deutliche Steigerung des Stimmenanteils und – mit etwas Proporzglück – auch der Gewinn eines der zehn Nationalratsmandate. Für die SD Waldstätte treten an:

- Thomas Blättler, 1964, alt Postbeamter, Verantwortlicher Kurierdienst, Emmenbrücke
- Markus Zimmermann 1970, Audio-Video-Elektroniker, Student Informatik HSLU, Horw

Bis Eingabeschluss der Wahlliste Ende August 2011 sind weitere Nominierungen möglich. Die SD-Waldstätte wird einen eigenständigen Wahlkampf führen mit dem Ziel, der Luzerner Bevölkerung eine glaubwürdige nationale Alternative zu bieten, die nicht vom Grosskapital abhängig ist, sondern unabhängig von privaten und finanzpolitischen Interessen für die Erhaltung der nationalen Eigenart, Freiheit und vollständigen Souveränität der Eidgenossenschaft eintritt.

Thomas Blättler, Emmenbrücke**Kanton Baselland****Josua M. Studer, neuer SD-Kantonalspräsident**Die Schweizer Demokraten Baselland haben in Liestal die diesjährige Generalversammlung abgehalten. **Es war eine tolle Sitzung mit vielen, auch jungen aufgestellten Leuten. Man merkte, dass Aufbruchstimmung zurückgekehrt ist in die SD.**

Beim Traktandum Wahlen kam es zu einer umfangreichen Erneuerung des kantonalen Vorstandes. Rudolf Keller, e. Nationalrat, der in Kürze neuer schweizerischer Zentralpräsident werden soll, wird ersetzt durch Einwohnerrat / e. Landrat Josua M. Studer aus Allschwil. Rudolf Keller ist neu Vizepräsident der SD-Baselland.

Weitere gewählte Vorstandsmitglieder:Mirko Meier, Kaiseraugst, e. Landrat;
Patric Flubacher, Liestal;
Urs Hammel, Reinach, e. Landrat;
Christian Stich, Zwingen;
Susanne Studer, Allschwil, Einwohnerrätin.Mit Akklamation dankten die Anwesenden speziell auch dem abtretenden **Landrat John Stämpfli** für seine in den letzten vier Jahren als Landratsvertreter der SD Baselland geleistete Arbeit.Die SD Baselland haben beschlossen, an den Nationalratswahlen teilzunehmen. Diese Liste wird Mitte Juli publiziert. Erfreut dürfen die SD feststellen, dass auch die Jungen Schweizer Demokraten eine eigene Nationalratsliste präsentieren werden. **Zudem werden sich die Schweizer Demokraten am 11. März 2012 in Allschwil und Reinach an den Gemeindevahlen beteiligen.** Weitere Kandidaturen sind vorgesehen.

Die Versammlung wurde abgerundet mit einem längeren und spannenden politischen Grundsatzreferat von Rudolf Keller. Die SD befindet sich landesweit in einem Neuaufbau und in manchen Vorständen werden neue Leute Einsitz nehmen.

Die Schweizer Demokraten werden ab Ende Juli auch im Baselbiet die Unterschriftensammlung für die «Eidgenössische Volksinitiative für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung» beginnen und mit vereinten Kräften durchziehen. Leider hat die Einwanderung in unser Land inzwischen dermassen unerträgliche Ausmasse angenommen, dass die SD zuversichtlich sind, die 100 000 Unterschriften zusammenzubringen.

*Josua M. Studer, der neue Präsident (rechts), zusammen mit dem abtretenden Präsidenten Rudolf Keller.***Elektronische JSD-Zeitung**<http://www.volkundheimat.ch>

Jetzt unterschreiben!

Eidg. Mindestlohn-Initiative

heute wären dies pro Std. Fr. 22.– (Tel. 031 329 69 69)

**Eidg. Volksinitiative
«Schutz vor Rasern»**

Tel. 044 737 48 29



Kanton Aargau



Grosser Rat Aargau

Zusammenrottung

Postulat von René Kunz, Grossrat, Kantonalpräsident SD Aargau, Reinach, vom 15. März 2011 **betreffend öffentliche Zusammenrottung im Kanton Aargau weilender Ausländer (Illegale, Asylbewerber usw.)**

Text:

Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen, wie öffentliche Zusammenrottung im Kanton Aargau weilender Ausländer (Illegale, Asylbewerber usw.) jeweils sofort aufgelöst wird sowie die Teilnehmer eingehend kontrolliert und – wenn sie tatsächlich illegal in der Schweiz sind – umgehend ausser Landes geschafft werden.

Begründung:

Es kommt offensichtlich, insbesondere in der Anonymität (z.B. auf dem Aarauer SBB/WSB-Areal) tagtäglich vor, dass Ausländer – vor allem drogendealende Schwarzafrikaner – Passanten und Reisende verbal belästigen und attackieren. Ein solches «Erlebnis» musste ich persönlich nach der Grossrats-sitzung vom 1. März 2011 ertragen. Es ist offensichtlich und seit langem bekannt, dass Ausländer jahrelang illegal hier bleiben und allfällige behördliche Wegweisungsverfügungen einfach ignorieren. Dieser Zustand wird von behördlicher Seite ganz offen toleriert, dies einerseits mit der lapidaren Begründung, ein Durchgreifen wäre «unverhältnismässig», andererseits auch, weil eine Ausschaffung der illegalen Aufenthalter an-

geblich «nicht möglich» ist. Geht bei den Sicherheitsbehörden im Kanton Aargau tatsächlich die Angst vor möglichen Repressionen um? Diese Angst ist insofern wahrnehmbar, weil sich auch der Aargauer Regierungsrat offenbar die Hände an dieser brisanten ausländerpolitischen Thematik nicht verbrennen will. Sicherheitsrelevante Massnahmen haben nichts mit einer Verletzung der Menschenrechte zu tun. Hier geht es einzig und alleine um die Sicherheit der Bevölkerung.

Der illegale Aufenthalt in der Schweiz ist zwar rein strafrechtlich betrachtet kein sehr schweres Delikt, schadet aber, wenn die Zahl der Täter dermassen zunimmt wie in letzter Zeit, unserem Staat insgesamt erheblich. Ausserdem belasten uns die Illegalen als soziale Trittbrettfahrer finanziell. Nachdem die Schweizergrenze mit ihren rund 2000 Kilometern offenbar lang genug ist, damit sich immer mehr Illegale ins Land einschleichen können, müsste dort eigentlich auch genug Platz sein, um sie auf demselben Weg wieder loszuwerden, wenn sie sich einer geregelten Ausreise widersetzen. Nur wenn endlich umfassend durchgegriffen wird, hören solche Zusammenrottungen auf. Dieser schleichenden Kolonisation durch unerwünschte Eindringlinge muss endlich rigoros Einhalt geboten werden.

Dieses Postulat hat der Aargauer Regierungsrat entgegengenommen.

Mundart im Kindergarten

SD Aargau lancieren aargauische Volksinitiative «JA für Mundart im Kindergarten»!

Am ausserordentlichen Parteitag der Schweizer Demokraten (SD) des Kantons Aargau vom 8. Juli 2011 in Suhr wurde einstimmig beschlossen, eine aargauische Volksinitiative «JA für Mundart im Kindergarten» zu lancieren. Der Text der Initiative lautet: Das kantonale Schulgesetz ist so zu ändern, dass die Unterrichtssprache im Kindergarten grundsätzlich die Mundart ist. Dem breit abgestütz-

ten Initiativkomitee gehören insgesamt 13 Personen (5 Frauen und 8 Männer) an. Die Unterschriftensammlung beginnt am 18. Juli 2011 (Veröffentlichung im Amtsblatt des Kantons Aargau). Auf der Facebook-Gruppe «JA für Mundart im Kindergarten» können Bürgerinnen und Bürger ihre Meinungen und Standpunkte kundtun.

Die SD Aargau begründen die Lancierung der aargauischen Volksinitiative «JA für Mundart im Kindergarten» damit, dass unsere Mundart und unsere Dialekte einen wichtigen Bestandteil unserer Kultur und Identität beinhalten.

Die Tendenz zum Hochdeutschen als Umgangssprache im Kindergarten stellt ein gewaltiges Problem dar, denn sie ist ein verhängnisvoller Eingriff in unser Kulturerbe. Dieser Kulturverlust wird uns letztlich sehr teuer zu stehen kommen. Zudem finden die SD, dass der pädagogische Nutzen des Kindergartenhochdeutsch mehr als fraglich ist.

Kinder sollen im Umfeld des Kindergartens vor allem das soziale Verhalten erleben und stärken können. Dies ist am besten möglich mit der Ausdrucksweise in unserer angestammten Muttersprache – der Mundart. Das ist unsere Umgangssprache! Eine zusätzliche fremde Sprache – wie das Hochdeutsche – nährt im Kindergarten den Boden für die sprachliche Verunsicherung. Die sprachliche Erweiterung durch das Hochdeutsche soll erst später bei Schuleintritt erfolgen. Eine gesunde Bindung zur Muttersprache – sprich Mundart – ist eine wichtige emotionale Stütze in der Entwicklung der Kinder. Lassen wir doch wenigstens unsere Kinder richtig in unsere Mundart eintauchen!

Es droht zudem eine Generation heranzuwachsen, die zwar noch eine Art Schweizerdeutsch spricht, dies aber oft mit seltsam fremdartigen Ausdrücken – mit einem völlig verkümmerten Wortschatz. Aus diesem Grunde müssen auch fremdsprachige Kinder auf jeden Fall die Gelegenheit erhalten – wenn dies im Elternhaus meist nicht praktiziert wird – unsere Mundart zu erlernen. Der Kindergarten leistet somit einen wesentlichen Beitrag zur Integration. Die Mundart soll auch als Sprache zur Integration verstanden werden, denn es gibt keine bessere Methode, sich erfolgreich zu integrieren und ein Gefühl der Zugehörigkeit zu entwickeln. Unsere Mundart erleidet ohnehin durch den zunehmenden Gebrauch von Wörtern und Redewendungen aus dem angloamerikanischen Sprachraum Schaden mit unerfreulichen Konsequenzen für die Identitätswahrung der Einwohner. Dem Zerfall der Mundart im Kindergarten muss auch aus diesem Grund entgegengewirkt werden!

Im Namen des Initiativkomitees René Kunz, Reinach, SD-Grossrat

Aargauische Volksinitiative

«JA für Mundart im Kindergarten»

Gestützt auf § 64 der Aargauischen Kantonsverfassung (SAR, 110.000) stellen die Unterzeichnenden im Kanton Aargau stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger folgendes Initiativgebet:

Das kantonale Schulgesetz ist so zu ändern, dass die Unterrichtssprache im Kindergarten grundsätzlich die Mundart ist.

BEGRÜNDUNG:

- Unsere Mundart und unsere Dialekte gehören zu unserer Kultur und festigen unsere Identität.
- Kinder sollen im Umfeld des Kindergartens vor allem das soziale Verhalten erleben und stärken können. Dies ist am besten möglich mit der Ausdrucksweise in unserer angestammten Muttersprache – der Mundart. Das ist unsere Umgangssprache!
- Eine zusätzliche fremde Sprache – wie das Hochdeutsche – nährt im Kindergartenalter den Boden für die sprachliche Verunsicherung.
- Die sprachliche Erweiterung durch das Hochdeutsche soll erst später bei Schuleintritt erfolgen.
- Auch fremdsprachige Kinder müssen auf jeden Fall die Gelegenheit erhalten, unsere Mundart im Kindergarten zu erlernen.
- Der Kindergarten leistet somit einen wesentlichen Beitrag zur Integration. Die Mundart soll auch als Sprache zur Integration verstanden werden.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde des Kantons Aargau wohnen. Bürgerinnen und Bürger, die das Register unterschreiben, unterschreiben als Privatperson. Wer eintraglich als Mitglied einer Interessengruppe eingetragen ist, macht sich nach Art. 283 des Schweizerischen Strafgesetzbuches strafbar. Wer bei einer Unterschriftensammlung beachtet oder sich beachtet lässt, macht sich nach Art. 281 StGB strafbar.

Postleitzahl: _____ Politische Gemeinde: _____

Nr.	Name (Vorname und Nachname)	Vorname	Jahrgang	Wohnadresse (Strasse)	Unterschrift (legentlich)	Kontrolle (per e-mail für Stimmberechtigten)
1.						
2.						
3.						
4.						
5.						

Beschneidung:
Die unterzeichnete Person bescheinigt hiermit, dass obenstehende _____ (Anzahl) Unterschriften und Unterschriften der Volksinitiative in aargauischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Die zur Beschneidung zuständige Amtsperson:
Datum: _____ Amtliche Eigenschaft: _____
Ort: _____ Unterschrift: _____ Amtssiegel: _____

Die nachstehend erwähnten Personen bilden das Initiativkomitee und sind berechtigt, die Volksinitiative mit weiteren Mehr zurückzuziehen. Karl Aeschbach, Bezirkschulrat, ehem. Grossrat, 5724 Dönnelach; Ruth Balliger, 5036 Oberentfelden; Brigitte Hagen, 5036 Oberentfelden; Ruth Jaeggi, 5715 Saterwil; Ruedi Kutz, Grossrat, 5731 Reinach; Urs Müller, ehem. Grossrat, 5000 Schönenberg; Dr. Ing. o.h.c. ETH Dragan Njegos, Grossrat, 5400 Baden; Bruno Rügerli, ehem. Grossrat, 5000 Aarau; Thomas Reisinger, 4317 Hirsingen; Xavier Schläpfer, 5421 Zullikon; Hans Wagner, 5042 Hirschthal; Liliana Wiederkehr, ehem. Gemeinderatsmitglied, 5332 Salzenbüchel; J. J. J. Anita Wilhelm, ehem. Grossrätin, 5432 Hauswil.

Veröffentlicht im Amtsblatt des Kantons Aargau vom 18. Juli 2011. Ablauf der Sammelfrist: 18. Juli 2012.

Ganz oder teilweise ausgefüllte Unterschriftenbogen bitte umgehend einsenden an:
Initiativkomitee «JA für Mundart im Kindergarten», c/o René Kunz, Breitenstrasse 14, 5734 Reinach
(Weitere Unterschriftenbogen können unter dieser Adresse bestellt werden – oder Tel. 079 332 70 71.)

Die Zeit ist reif – für Änderungen des Finanzsystems!



Valentin
J. Oehen,
e. Nationalrat,
Köniz

Schon mehrmals und zum letzten Mal im Aufsatz «Wachstum, Wachstum über alles» haben wir auf den verhängnisvollen Zusammenhang des Kreditgeldes mit seinem Zins/Zinseszins-System und dem Wachstumszwang hingewiesen.

Dabei kann die verhängnisvolle Rolle der Grossbanken und der privaten Notenbanken – allen voran die amerikanische FED – nicht übersehen werden. Aus dem Nichts schaffen sie Geld und verdienen sich dadurch eine «goldene Nase». Deren Besitzer können mit de facto wertlosen Papierschnitzeln oder einem Mausklick die realen Werte dieser Welt zusammenkaufen, werden reich und reicher. Auf der andern Seite wird die Masse der Menschen arm und ärmer und sie wird mit dem altrömischen System des «Brot und Spiele» ruhig gehalten, resp. über ihre wahre Situation getäuscht. Und wenn das nicht mehr genügt, werden Aufstände organisiert (Geheimdienste!) oder Kriege vom Zaun gerissen. Moderner – es wird die Angst vor Terrorismus geschürt oder angebliche Pandemien zu Bedrohungen der Menschheit hochstilisiert.

Gleichzeitig steht die Hochfinanz selbstverständlich auf der Seite der Demokratie und der Menschenrechte, steht ein für Recht, Sicherheit und Ordnung. Nach der Katastrophe stellt sie mit heuchlerischen Begründungen riesige finanzielle Mittel (selbstverständlich gegen korrekte Verzinsung) für den Wiederaufbau zur Verfügung. – Man denke als Beispiel an den Marshall-Plan nach dem Zweiten Weltkrieg oder an den Koreakrieg. **Die Funktion des Geldes als Mittel zur Wertaufbewahrung** wird andauernd verraten. Über eine gewollte Inflation mit der Zielgrösse von 2% in «normalen» Zeiten und einer Hyperinflation von 5 bis ~% werden wir alle um grosse Teile der Früchte unserer Arbeit gebracht. Aus jüngster Zeit stammt das Schlagwort des TBTF (too big to fail) zu Gunsten der Grossbanken, womit diese ihre Risikogeschäfte – wenn diese fallieren, dem Staat, d.h. den Steuerzahlern anhängen. Mit masslosen Gewinnerwartun-

gen werden die Aktionäre (= Kapitalbesitzer) mit sagenhaften Salären und Boni die Angestellten für den Kampf gegen jegliche Einschränkung der Bankentätigkeit motiviert. In unserem Land wird so argumentiert, dass alles was für die Banken gut sei, auch gut für die ganze Schweiz ist. Seinerzeit hat Bundesrat Villiger zu Gunsten der Banken die Deregulierung nach angloamerikanischem Muster durchgesetzt; jetzt ist er dafür zum Präsidenten des VR der Grossbank UBS gekürt worden.

Diese Deregulierung erlaubte es der UBS mit minimiertem Eigenkapital und nur 1 bis 2% Reserven – Eigenkapitalrenditen von 15 bis 25% zu realisieren. Die damit entstandene «Finanzindustrie» produzierte masslose Geldgier und die Illusion, Finanztransaktionen d.h. das Herumschieben von de facto «Nonvaleurs» per Mausklick in der ganzen Welt schaffe echte Werte. Wer erinnert sich nicht an die Propaganda der Kantonalbanken, wonach Geld an sich Reichtum produziere.

Statt mit Kreditgeld, resp. Schulden zu jonglieren, ist es an der Zeit, wieder den Grundsatz zu leben, dass wirtschaften arbeiten bedeutet und reale Werte zu schaffen hat. Dass nur konsumiert werden kann, was vorher ge(er)schaffen wurde.

Es hilft alles nichts – das Schuldenkarussell steht vor dem Zusammenbruch. Der bekannte Kolumnist Beat Kappeler schildert das so: *In beiden Finanzkrisen seit 2008, also der Banken- wie in der noch laufenden Eurokrise, wurden Schulden von unten nach oben, von einer Bilanzenebene in die jeweils nächste verschoben. Die Schulden der Hausbesitzer in den USA, in Spanien, Irland und Portugal landeten bei den Banken, die damit ihrerseits überschuldet waren und von den Staaten gerettet wurden – nun waren die Schulden bei den Staaten. Doch diese hatten sich in der Wohlfahrtseligkeit schon zuvor unter Schuldenberge gesetzt, die mit den neuen übernommenen Schulden aus dem Finanzbereich definitiv untragbar wurden. Deshalb kauften die Notenbanken den Banken diese faulen Kreditpakete und den Staaten die Obligationenschulden ab. Damit stiegen die Schulden von den Staaten in die aufgeblähten Finanzen der Notenbanken auf. Um Staaten und Notenbanken abzusichern, trat der Weltwährungsfonds IWF auf den Plan und verzehnfachte seine Interventions-*



mittel. Er tat dies ausgerechnet mit Garantien der überschuldeten Mitgliedstaaten. Griechenland und irländische Schulden sind bereits beim IWF gelandet, und jene anderer Staaten werden folgen. Hinter dem IWF steht jedoch keine weitere Bilanz, die Schulden aufsaugen könnte. Der Endpunkt des Intervenierens, Durchfinanzierens, Ankurbelns ist erreicht.

Die Staatsschulden haben eine Höhe, die Defizite eine Kadenz, die Zinsen ein Mass erreicht, das durch kein Wachstum der Volkswirtschaften mehr eingeholt, finanziert oder gar abbezahlt werden könnte. Rechnet man auch die riesigen Fälligkeiten aus den Rentensystemen zugunsten der Baby-Boomer-Jahrgänge ein, dann sind praktisch alle westlichen Staaten bankrott. Allfällige Ausnahmen sind bloss Kanada, Schweden, die Schweiz, Australien und Norwegen.

Wie schon erwähnt, wird die Funktion der Wertaufbewahrung mit Hilfe des Geldes andauernd verraten. Die Folgen der gegenwärtigen Flutung des Geldmarktes mit Tausenden von Milliarden Dollars sind zur Zeit nicht abzusehen; sicher ist eine massive Inflation zu erwarten.

Was ist zu tun?

Sicher nicht so weiterfahren wie bis anhin – wie es die Grossbanken – wenn auch mit kleinen Einschränkungen – unbedingt wollen! In unserem Land sind vor allem die beiden Grossbanken aufzusplitten. Als Geschäftsbanken können diese durchaus weiter arbeiten – wobei allerdings die unverhältnismässige Risikofreudigkeit durch massive Erhöhung der Eigenkapitaldecke wesentlich zu beschränken ist. **Das Investment-Banking** ist auf

Tochtergesellschaften in Grossstaaten zu verlagern. Damit kann der Kleinstaat Schweiz aus der Geiselhaft zu Gunsten der Grossbanken entlassen werden. Diese Tochterunternehmen aber sind gegebenenfalls in den Konkurs zu befördern.

Allerdings ist zu beachten, dass wir mit dem heutigen Geldsystem in verhängnisvoller Weise den Wachstumszwang in das gesamte Wirtschaftsgeschehen institutionalisiert haben. Um alle damit verbundenen negativen Aspekte zu korrigieren, braucht es grundsätzliche Reformen. Das aber ist eine Herkules-Aufgabe, zu deren Erfüllung unabhängige Fachgremien unabdingbar sind. Nur solche werden die politischen Entscheidungsgremien fach- und sachgerecht beraten können.

Genau dazu ist soeben der Verein «**Monetäre Modernisierung**» (Mo-Mo) gegründet worden. Ein wissenschaftlicher Beirat hochkarätiger Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler bildet darin den nötigen geistig-fachlichen Rückhalt, um die richtigen Massnahmen auszuformulieren und in die politische Diskussion einbringen zu können.

Damit dieser Verein den dringend benötigten Erfolg haben kann, muss er eine rasch wachsende Mitgliederzahl ausweisen können. Wir fordern deshalb unsere Leserschaft auf, tretet dem Verein möglichst umgehend bei. Ihr könnt euch bei folgender Adresse anmelden:

**Verein Monetäre Modernisierung
Postfach 3161
5430 Wetztingen**

Noch ist es für die Schweiz möglich, mit relativ erträglichen Korrekturen aus der Falle der Finanz- und Systemkrise zu entkommen. Allerdings nicht indem man dem IWF weitere Milliarden in den Hintern schiebt – Frau Widmer-Schlumpf oder weitere Dutzende von Milliarden an Verlusten auf unseren Devisenreserven der Dollar- und Euro-Guthaben in Kauf nimmt – Herr Hildebrand!

Der alte Spruch des «**Mitgegangen – mitgefangen – mitgegangen**» droht für alle Verantwortlichen im Hintergrund. Wollt Ihr Damen und Herren des Bundesrates, der SNB und der Economie Suisse zu Totengräbern unseres Wohlstandes werden. Es müsste Euch allen schlecht bekommen!



Islam et Christianisme



Bruno Dupont,
Lausanne

Il est hors de question dans le présent article de traiter le sujet d'une façon exhaustive tant il est vaste. Je me limiterai à mettre en évidence certains aspects fondamentaux qui distinguent l'Islam du Christianisme.

L'Islam reconnaît une certaine valeur à la Torah et à l'Evangile, mais seul le Coran reste la référence indiscutable. Pour les musulmans le Christ n'est qu'un prophète sans caractère divin. Il y a un rejet sans appel de la Trinité, du Christ Sauveur. Il découle de cette position fondamentale que le chrétien ne peut soutenir l'Islam. Une autre distinction capitale est la propagation de la religion. Les musulmans sont habilités à utiliser la force, le Jihad, pour répandre l'Islam. Cette façon

de procéder est contraire à l'Evangile. Lorsque l'apôtre Pierre a voulu empêcher par l'épée l'arrestation du Christ, il a été éconduit. Les apôtres ont été victimes de la violence, ils sont tous morts sauf un en martyr, à aucune occasion ils ont utilisé la force pour répandre la Bonne Nouvelle. L'Evangile fait une distinction entre le pouvoir temporel (César) et le pouvoir spirituel (Dieu). L'Islam ne fait pas cette distinction et place la Communauté des Croyants au-dessus de la société civile. La patrie n'est qu'une notion contingente. Si au cours de l'histoire, le pouvoir temporel a instrumentalisé la religion à des fins politiques ou les clercs ont empiété sur le pouvoir civil, le cléricalisme, ces deux manières d'agir ne peuvent pas être justifiées par l'Evangile.

Dans la tradition chrétienne, une grande place est faite à la famille et à la patrie. Pensons au Cantique Suisse, à Notre Suisse de l'Abbé Bovet, à la Prière Patritotique de E. Jacques-Delcroze, «Mon Dieu, protège mon pays». Le chrétien est ainsi appelé à défendre sa patrie.



Les milieux mondialistes utilisent pour parvenir à leur but, la destruction de la patrie, une idéologie antiraciste et sont parvenus à introduire dans la législation une norme antiraciste, en Suisse c'est l'article 261 bis. Ainsi toute défense du caractère national est susceptible d'être poursuivie pénalement. Néanmoins aucun juge ne pourra condamner quelqu'un pour avoir cité la Bible ou le Coran, ainsi que de faire des comparaisons et de

rappeler les devoirs et obligations du chrétien vis-à-vis du Coran et du prophète Mahomet, chef de guerre. Moi, Bruno Dupont, je vous le dis celui qui reconnaît l'Islam et soutient ceux qui favorisent cette religion renie son Baptême et foule aux pieds la Croix. Chrétiens, vérifiez vous-mêmes mes dires sur l'Islam, au nom de Dieu, au nom du Christ, je vous en prie par mon honneur et s'il le faut par mon martyr.



Halte à la surpopulation

Oui à la préservation durable des ressources naturelles

La forte croissance de la population en Suisse et dans d'autres pays nuit à l'environnement, réduit la qualité de vie et va à l'encontre de l'objectif fixé par l'article 73 de la Constitution fédérale: un monde durable. Etant donné que les capacités écologiques

et les ressources de la planète sont limitées, indépendamment des frontières nationales, et que les flux migratoires internationaux sont en progression, cette initiative populaire fédérale devrait contribuer à réduire la pression démographique.

Initiative populaire fédérale

«Pour la stabilisation de la population totale»

La Suisse étouffe!

- Chaque jour, une surface de terre cultivée précieuse équivalente à celle de 15 terrains de football est bétonnée...
- La population a augmenté de 500'000 habitants rien qu'au cours des 10 dernières années...
- Plus de 7,8 millions de personnes vivent aujourd'hui en Suisse...
- La surpopulation a pour conséquences des trains bondés, des routes saturées, une pénurie de logements, l'augmentation de la consommation d'énergie, des atteintes excessives à l'environnement et le mitage du paysage...
- Par votre signature, vous contribuez à mettre un frein à cette évolution néfaste!

Initiative populaire fédérale «Pour la stabilisation de la population totale»

Publiée dans la Feuille fédérale le: 26.7.11. Les citoyennes et citoyens suisses soussignée ayant le droit de vote demandent, en vertu des articles 34, 136, 139 et 194 de la Constitution fédérale et conformément à la loi fédérale du 17 décembre 1976 sur les droits politiques (art. 68 s), que:

La Constitution¹ du 18 avril 1999 soit modifiée comme il suit:

Art. 73 a Stabilisation de la population totale (nouveau)

¹ La Confédération prend des mesures pour éviter la surpopulation de la Suisse.

² Elle veille à ce que le taux d'immigration de soit pas supérieur au taux d'émigration. Les Suisses de l'étranger ne sont pas concernés par cette disposition.

Leserbriefe

Fragen an Bundesrätin Sommaruga

Als die relativ harmlosen Unruhen in Tunesien begannen, reagierte die Bundesrätin sofort. Für die zu erwartenden Asylbewerber seien Unterkünfte bereitzustellen, liess sie verlauten. Diese Botschaft oder besser gesagt die Einladung verhallte nicht ungehört. Dafür sorgten die Organisationen, deren Mitarbeiter ihr Geld in unserem Asylwesen verdienen. Folglich kamen Asylbewerber, meist ungebildete, dreiste junge Männer. Die Papiere haben sie «auf der Flucht verloren». Viele geben sich als Tunesier aus, können aber kein Französisch (in Tunesien die zweite Landessprache), wohl aber Italienisch. Folglich handelt es sich teilweise um andere Nordafrikaner, die illegal in Italien lebten und bei uns von den besseren Lebensbedingungen profitieren wollen. Reine Wirtschaftsflüchtlinge, ohne die geringste Chance auf Asyl! Schliesslich wird ja in Tunesien niemand verfolgt. Trotzdem ermöglicht die Bundesrätin die vorläufige Auf-

nahme, aus der dann voraussichtlich ein Bleiberecht wird.

Zwar wäre die Rückweisung dieser Leute gemäss dem von Bundesrätin Leuthard euphorisch gepriesenen Schengen/Dublin-Abkommen ohne weiteres möglich. Wenn dieses Abkommen nicht eine Farce wäre. Es wird bekanntlich von Italien nicht eingehalten. Fragen an Sommaruga:

Was fühlt sie gegenüber denjenigen, die Opfer einer Straftat von solchen «Asylbewerbern» wurden? Wie erklärt sie den Schweizern, deren Wohnungen gekündigt wurden, damit dort Nordafrikaner einziehen können, ihr Handeln? Und wie will Sommaruga diese Wirtschaftsflüchtlinge je wieder ausschaffen?

Unverständlich ist, dass keiner von Sommarugas Bundesratskollegen gegen diese, die Interessen unseres Landes krass missachtende, Politik protestiert.

Otto Weiersmüller, Uetikon

So, jetzt reichts aber!

Immer wieder «fordern» gewisse Muslime von uns Toleranz. Wie bitteschön?! Wir kommen ihnen in allen Belangen entgegen, wo aber bleibt ihre eigene Toleranz, z.B. wenn es darum geht, Christen in ihren Herkunftsländern vor Gewaltaktionen zu unterstützen?! Tiefstes Schweigen herrscht dann, ja wahrscheinlich sogar Schadenfreude.

Statt einmal ein Wort des Dankes, dass sie in diesem wunderschönen, gut organisierten Land leben dürfen, wird nur gefordert. Wie immer wird von den blauäugigen Linken und Netten alles schöngeredet oder geschwiegen. Egal, ob es um die Frauenunterdrückung, das Beschneiden der Mädchen, der Sharia, oder um das grauenvolle Schachten unserer Tiere geht. Ist euch eigentlich das eigene Volk sowas von egal?

Wenn man lesen muss, wie sich diese Schmarotzer u.a. in Chiasso aber auch anderswo verhalten, wie Schafe von der Weide weg geklaut und geschächtet werden, dann wird uns selber ob soviel Frechheit

und Gemeinheit einfach nur schlecht. Aber treibt das Spiel nicht zu weit und spielt nicht zu sehr mit dem Feuer. Wir Schweizer sind von der Mentalität her friedlich und auch etwas feige, Stammischgefluche allein bringt gar nichts, sondern Grenzen müssen gesetzt werden! Kein Wunder, dass je länger je mehr die Menschen aus dem Dornröschenschlaf erwachen und zwar in ganz Europa.

Wer hier bei uns leben will, soll und muss sich an unsere Gesetze halten oder gehen. Wie würden die Menschen in islamischen Ländern reagieren, wenn wir «Ungläubigen» – das allein ist schon eine Frechheit – uns so verhalten würden, aber die Antwort kennen wir alle ja.

Viele Schweizer/innen wünschen sich schon längst Frau Keller-Sutter als Bundesrätin, denn wir wollen Politiker, die sich auch für das eigene Volk einsetzen und keine Duckmäuser.

Rita und Hanspeter Gerritsen-Schüpfer, Winikon

Gurkenseuche

Die Debatte um die Gurkenseuche hat wirklich Theater-Format angenommen, sowohl in Aufmachung als auch im Ausmass der Bekanntmachung. Als Freund von Rohgemüse stellt man sich die Frage: Was oder wer steht dahinter? Es wird vom biologischem Anbau geschrieben. Nur wird meines Wissens biologischer Anbau meist in kleineren Betrieben ausgeübt, sodass sich folgende Frage stellt: Wieso diese Massenverseuchung der Gurken? Stammen sie gar nicht aus biologischem Landbau? Soll anhand eines solchen «Exem-

pels» die Konkurrenz durch biologischen Landbau abgeschaltet werden, der mit Naturerkenntnissen und Naturmitteln arbeitet und der Chemie nichts zu verdienen gibt? Oder sind die EU-Vorschriften so gehalten, dass auch Produkte aus biologischem Landbau für den Handel kompatibel korrodiert und behandelt werden müssen?

Fragen, die wir uns – hoffentlich – in der Schweiz nicht stellen müssen, solange wir uns an Produkte aus eigenem Anbau halten.

Ruth Weber, Andeer

Konservative AKW-Gegner ausgegrenzt!

Die Demo war im Grossen und Ganzen toll. Doch einen Makel hatte sie, zumindest für jemanden, der politisch rechts-konservativ und ökologisch eingestellt ist, wie ich es bin.

Eine junge Rednerin aus Bern, sagte etwas sehr dummes... Sie sagte sinngemäss: «Als AKW-Gegner (der Linken) dürfe man nicht mit den AKW-Gegnern von «rechts-aussen» zusammenarbeiten, da diese das Stromproblem nur mit dem Ausländerproblem verknüpfen.»

Dieser Satz ist schon etwas provokativ, an einer zwar von links organisierten Demonstration, welche aber politisch offen für alle sein sollte, aber im nächsten Satz verschärfte diese Dame ihre Aussage noch! Sie sagte: «Die rechten Parteien benutzten das Thema nur für Stimmungsmache gegen Ausländer, denn diese Leute (also die

Rechten) wollten alle (!) Ausländer ausschaffen oder gar umbringen.» Diese Aussage ist total deplatziert und faktisch falsch, denn es gibt im rechten Spektrum keine namhafte Partei, die eine solche oder ähnliche Forderung stellt. Auch gibt es im rechten Spektrum nur die SD und die EDU, welche für den Atom-Ausstieg sind und für die Mitglieder und Sympathisanten dieser beiden Parteien ist eine solche Aussage sehr verletzend!

Als ich an die Demo ging, dachte ich, es gehe um die gemeinsame Sache und das vereine uns über alle Parteigrenzen. Diese Frau stellte das in Frage!

PS: Ich besuchte die Demo zusammen mit Juso-Mitgliedern und Sympathisanten aus meinem Freundeskreis. Auch diese fanden die Aussagen sehr fehl am Platz.

Beda M. Engel, Gymnasiast, Meggen (LU), SD-Sympathisant

Wussten Sie, dass...

...Sie und mit Ihnen die meisten Miteidgenossen nach Strich und Faden von den Eliten belogen werden. Während wir alle uns sorgen, wie unsere Heimat als lebenswerte Umwelt erhalten werden kann, spötteln diese Herrschaften, die Schweiz sei keineswegs überbevölkert und vergleichen den Platzbedarf von Millionen-Städten wie Kairo, New York, Singapur oder Tokio mit den «enormen» Raumreserven von schweizerischen Kleinkantonen wie Appenzell-Innerrhoden oder Glarus. Den Vogel abgeschossen aber hat **Thomas Kessler**, seines Zeichens Leiter der Abteilung Kantons- und Stadtent-

wicklung von Basel-Stadt, der unter dem Titel «Heil dir Hysteria» im «Das Magazin 22/2011» von der Schweiz als

«**Stadtsaat mit verblüffend viel Erholungsraum und fantastischer topografisch und kultureller Vielfalt**» schreibt.

Klar, dass dann entsprechende Sprüche folgen, die man nur einem Geist zuschreiben kann, der durch ein Leben zwischen Asphalt und Beton (Basel-Stadt) jeden Bezug zum wirklichen Leben verloren hat.

Fortsetzung Seite 15

AKW-Ausstieg ohne Zuwanderungsstopp = unverantwortliche Sisyphus-Politik!

Auch ich bin absolut erfreut über den weitsichtigen Entscheid des Bundesrates, aus der Atomwirtschaft auszusteigen. Dieser richtige Entscheid im Interesse kommender Generationen darf nicht mehr rückgängig gemacht werden! Nun aber stellt sich umso mehr die Frage, wie dieser Umbau unserer Energieversorgung vonstatten gehen soll.

Dieser ist nur dann zu schaffen, wenn wir einerseits die erneuerbaren Energieträger massiv fördern und andererseits den Gesamtenergieverbrauch in unserem Land markant senken können, um so die nahezu 40 Prozent Atomstrom ersetzen zu können.

Da der ökologische Fussabdruck eines Landes den pro-Kopf-Verbrauch von Energie und Rohstoffen mal Bevölkerungszahl auf einer beschränkten Landfläche ausmacht, kommen wir nicht darum herum, neben der notwendigen 2000-Watt-Gesellschaft auch von einer Beschränkung/Stabilisierung der Gesamtbevölkerung in unserem Land zu sprechen und auch in diese Richtung zu handeln!

Leider werden diese wichtigen Zusammenhänge in den Mainstream-Medien unterdrückt.

Die links-grünen Globalisten auf der einen Seite glauben jedoch immer noch, dass man den Atomausstieg allein mit der Beschränkung des Pro-Kopf-Verbrauchs und der Förderung der erneuerbaren Energien bewerkstelligen kann, ohne dabei das Problem des Bevölkerungswachstums infolge Zuwanderung zu beachten. Genau diese Blindheit des Nicht-erkennen-Wollens dieser Frage wird alle gut gemeinten Anstrengungen dieser links-grünen Seite wieder zunichte machen! (Sisyphus lässt grüssen).

Die rechts-bürgerlichen Globalisten hier zu Lande glaubten bis vor Kurzem (und z.Teil auch heute noch) an die «heilige» unsichtbare Hand, die aus dem Nichts auftaucht und sich alles aneignet, sämtliche Probleme lösen kann (Laissez-faire-Gläubigkeit). Dies war übrigens auch der Grund, warum «Tschernobyl» diese Kreise nicht zu einem Umdenken bewog. Erst Fukushima zeigte auch diesen Kräften auf, dass in den westlichen Industriestaaten, zu denen sich ja auch Japan zählt und beim Reaktorbau und Ausrüstung auf neuestem Stand befindet, trotzdem solch atomare Super-GAUs mit Kernschmelze möglich sind. Nichtsdestotrotz ist nur ein Teil dieser Kreise zu einem Umdenken bereit, weil sonst nämlich das «Dogma des endlosen Wachstums» in Frage gestellt würde.

Ausserdem gibt es unter den Bürgerlichen zwei verschiedene Lager: die einen – neoliberale Globalisten (FDP, Wirtschaftsflügel der SVP, Teile der CVP und BDP) – wollen weder einen Ausstieg aus der Atomwirtschaft, noch einen Zuwanderungsstopp! Diesen unverbesserlichen Wachstumsjunkies ist nicht mehr zu helfen und es ist zu hoffen, dass diese bei den nächsten Wahlen einen Denkzettel von der Bevölkerung erhalten!

Die anderen – Bürgerlich-Nationale (Blocher-Flügel der SVP- Mehrheit) sympathisieren zwar mit einem Zuwanderungsstopp, wollen aber von einem Atomausstieg nichts wissen.

**Für die Wählerinnen und Wähler stellt sich im kommenden Herbst bei den eidg. Wahlen folgendes Dilemma:
Die beiden Themen: Energiepoli-**

tik und Zuwanderungsproblematik werden dominierend sein!

Wählen diese links-grün (oder auch grünliberal), wird zwar dem Willen, aus der gefährlichen Atomwirtschaft auszusteigen, vordergründig Nachachtung verschafft. Die selben Links-Grünen, einmal gewählt, wollen aber weiterhin unsere Grenzen offen halten und nehmen dabei bewusst in Kauf, dass jährlich eine Zuwanderung von der Grösse der Stadt St. Gallen in unser Land stattfindet, um somit im Interesse des Internationalismus ihre eigenen «Ideale der Nachhaltigkeit» über Bord zu werfen. Die Politik des Atomausstiegs wird somit von ihren eigenen Protagonisten zunichte gemacht!

Ist dies Absicht? Ich glaube zunehmend: JA!

Von daher haben diese Links-Grünen ihre Glaubwürdigkeit verloren und können daher von kritisch nachdenkenden Bürgern nicht mehr gewählt werden!

Wählen die Wähler(innen) aber die bürgerlich-nationale Seite (z.B. SVP), könnte zwar der für unser Land ärgerliche und schädliche Zustrom von nicht assimilierbaren Ausländern gestoppt werden, jedoch ein Ausstieg aus der nicht mehr verantwortbaren Atomenergie wollen diese bürgerlich-nationalen tunlichst verhindern und hoffen immer noch, dass man dieses Problem einfach aussitzen könne. – Ein gefährlicher Trugschluss für unser Land!!

Auch werden diese Kreise nicht verhindern wollen, dass reiche Ausländer durch Pauschalbesteuerung privilegiert in unser Land kommen können, um unseren Kleinbauern das Land wegzukaufen und dann in landverschwend-

erischer Manier Golfplätze und teure Villen mit Umschwung zu bauen. So aber wird eine nachhaltige Versorgung unserer Bevölkerung mit einheimischen Lebensmitteln untergraben und zunehmend verunmöglicht! Wer so politisiert, ist ein schlechter Patriot und verliert ebenfalls zunehmend seine Glaubwürdigkeit. Der kritischnachdenkende und heimatliebende Bürger wird auch solche Politik nicht mehr goutieren können.

Also gilt es, weiterhin Ausschau zu halten nach einer glaubwürdigen politischen Kraft, welche unseren heimatlichen Boden für unsere Bauern schützen und bewahren will; den für unser Land, Volk und Kultur zerstörerischen Zustrom von nicht assimilierbaren Zuwanderern stoppt und die Bevölkerungszahl beschränkt; und endlich den Willen aufbringt, auf glaubwürdige Art aus der gesundheitsgefährdenden und störanfälligen Atomwirtschaft auszusteigen; um somit eine nachhaltige Energiepolitik einzuleiten.

Diese politische Kraft in dieser wunderbaren Kombination des Nicht-entweder-Oder, sondern Sowohl-als-auch gibt es tatsächlich!! **Es sind dies die Schweizer Demokraten (SD)!**

<http://www.schweizer-demokraten.ch/aktuell/index.shtml>

Die meisten Mainstream-Medien wollen dies nicht wahrhaben und versuchen den Wähler(innen) lieber die vorhin zitierten Links-Grünen und Neoliberal-Bürgerlichen schmackhaft zu machen, auch wenn dann vom Wähler die eine oder eben die andere «Kröte» mitgeschluckt werden muss.

Walter Wobmann, SD, Zürich

Wussten Sie, dass...

Fortsetzung von Seite 14

...Griechenland, das EU-Land ist nicht nur finanziell am Boden. Es ist auch – dies nach einem Bericht des griechischen Geheimdienstes EYP – sicherheitspolitisch aufs Höchste gefährdet. Die griechische Hauptstadt Athen sei schon jetzt teilweise fest in den Händen der Mafia und illegaler Einwanderer. Es sollen 1,5 Millionen illegal eingewanderter Muslime ganze Stadtviertel beherrschen, in die nach

Einbruch der Dunkelheit weder ethnische Griechen noch die Polizei mehr eindringen dürfen (no go area!). Es zeichne sich ab, dass demnächst die Armee in Athen und Thessaloniki werde einmarschieren müssen, um die Lage wieder unter Kontrolle zu bringen.

...die europäische Hauptstadt Brüssel zu mehr als 40% von Muslimen (vor allem nordafrikanischen) bewohnt wird und die Brüsseler EU-Bauten von rein islamischen Stadtvierteln eingekreist

sind. Welch ein Segen der hohen Politik unter dem Titel Schengen/Dublin und dem freien Personenverkehr in der ganzen EU.

...der gesundheitsbewusste Bürger wirklich nicht mehr weiss, was er glauben und tun soll. Nicht nur werden die Gefahren der **radioaktiven Bestrahlung** jetzt plötzlich kleingeredet, die in Tschernobyl Hunderttausende von Strahlentopfern verursachte. Auch die zahllosen Hinweise der gehäuften Krebserkrankungen im Einfluss-

bereich der Atomkraftwerke werden schlichtweg abgestritten. Das Gefahrenpotenzial ist plötzlich erträglich, ja kontrollierbar – es geht eben um das ganz grosse Geschäft.

Ebenso erstaunlich ist die Kehrtwende in Bezug auf die Gefahren des Quecksilbers in den Amalgamfüllungen. Tausendfache Erfahrungen und zahlreiche Forschungsarbeiten sind plötzlich irrelevant. Offenbar auch hier – non olet.

Tino Giacomo

Offizielles Organ der Schweizer Demokraten 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)

www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
Bernhard Hess, e. Nationalrat, SD-Geschäftsführer, Bern (CR)
Rudolf Keller, e. Nationalrat / e. Landrat, Frenkendorf
Dr. D. J. Najman, Grossrat, Baden
Friedrich Auf der Maur, Volketswil



Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.-
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
- Ex. SD-Zeitungen zum Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Nationalratswahlen und SD-Volksinitiative für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung:

Sammeln Sie im Kanton Bern Unterschriften mit unserem Zentralpräsidenten Rudolf Keller und unseren Nationalratskandidaten aus Bern.

Melden Sie sich aus der ganzen Schweiz zur Mithilfe an. Wir zählen auf SD-Leute aus allen Landesteilen, welche bei Standaktionen oder Verteilaktionen von Haus zu Haus mitmachen.



Ich mache bei folgender Aktion mit!

Samstag, 24. September, ab 9 Uhr, Langenthal

(ankreuzen) Standaktion (ankreuzen) Bogenverteilung von Haus zu Haus

Samstag, 1. Oktober, ab 9 Uhr, Stadt Bern

(ankreuzen) Standaktion (ankreuzen) Bogenverteilung von Haus zu Haus

Samstag, 8. Oktober, ab 9 Uhr, Thun

(ankreuzen) Standaktion (ankreuzen) Bogenverteilung von Haus zu Haus

Name: Vorname:

Strasse/Nr.

PLZ/Wohnort:

Mail: Telefon:

Datum/Unterschrift:

Talon senden an: Schweizer Demokraten, Postfach 8116, 3001 Bern

Volksinitiative für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung

– gegen Ende Juli 2011 kann mit unserer Unterschriftensammlung begonnen werden. Alle helfen mit!

Wir zählen auch auf SD-Leute, welche bei Standaktionen oder Verteilaktionen von Haus zu Haus mitmachen.
Man kann Unterschriftenbogen bestellen über Mail: schweizer-demokraten@bluewin.ch

oder noch besser mit dem untenstehenden Talon.



Bestellung von Unterschriftenbogen zur Volksinitiative für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung – Ausländerabbau!

Ich bestelle:

..... Bogen A4 deutsch, einmal gefaltet Bogen A5 deutsch, pauschal frankiert

..... Bogen A4 französisch, einmal gefaltet Bogen A4 italienisch, einmal gefaltet

(ankreuzen) Ich bin bereit, bei Standaktionen oder Unterschriftenbogen-Verteilungen von Haus zu Haus mitzumachen.

Name: Vorname:

Strasse/Nr.

PLZ/Wohnort:

Mail: Telefon:

Datum/Unterschrift:

Talon senden an: Schweizer Demokraten, Postfach 8116, 3001 Bern